

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2022 08

WÄLDER

Manche Adivasi-Dörfer
in Indien leben nach
alten Traditionen

KULTUR-SPEZIAL

Redaktionsmitglieder zu
Büchern und einem Film
mit Entwicklungsrelevanz

DEMOKRATIE

Kolumbianische
Hoffnungen müssen
erfüllt werden



Global Governance

Editorial

- 3 **HANS DEMBOWSKI**
Weshalb es nützlich ist, Souveränität zu teilen

Magazin

- 4 **SUPARNA BANERJEE**
In den Waldgebieten Zentralindiens haben Indigene mit großen Herausforderungen zu kämpfen
- 6 **WERNER EGGERT**
Medienkompetenz für bessere Vergangenheitsbewältigung

Kultur-Spezial

- 7 **DAGMAR WOLF**
Leïla Slimanis Roman erforscht Beziehungen zwischen Frankreich und Marokko
- 9 **SABINE BALK**
Schriftstellerin Imbolo Mbue beleuchtet den „American Dream“
- 10 **AVIVA FREUDMANN**
Dokumentarfilm über starke Frauen im syrischen Bürgerkrieg
- 11 **CIKU KIMANI-MWANIKI / IMPRESSUM**
In Kenia wird die Legalisierung von Nutzhanf diskutiert

Debatte

- 13 **FABIO ANDRÉS DÍAZ PABÓN**
Lehren aus den Präsidentschaftswahlen in Kolumbien
- 14 **ARJUNA RANAWANA**
Sri Lankas ökonomischer und politischer Zusammenbruch

- 15 **LESERBRIEFE**
Afrikanische Schulen / Plutokraten-Populismus

Schwerpunkt: Global Governance

- 17 **JOSÉ SIABA SERRATE**
Die globale Finanzarchitektur gehört repariert, und das ist erst der Anfang
- 19 **INTERVIEW MIT DAVID MFITUMUKIZA**
Wie sich die UN mit Blick auf globale Umweltprobleme verändern muss
- 21 **ALPHONCE SHIUNDU UND HANS DEMBOWSKI**
Die Welthandelsorganisation bleibt hinter Erwartungen zurück
- 23 **INTERVIEW MIT LORI-ANNE THÉROUX-BÉNONI**
Die Rolle internationaler Organisationen in der Sahelkrise
- 25 **CHIMEZIE ANAJAMA**
Einige G7-Staaten verhindern transparentere Finanzwirtschaft
- 26 **PRAVEEN JHA**
Die fünf BRICS-Länder überzeugen als Gruppe nicht
- 28 **SABINE BALK**
Das Seminar für Ländliche Entwicklung der Humboldt-Universität will Entwicklungszusammenarbeit neu denken
- 30 **ANTON SUNDBERG UND ANDREAS WULF**
Die Weltgesundheitsorganisation leistet gute Arbeit, sie verdient bessere Ausstattung und mehr Autorität
- 32 **BERTHOLD M. KUHN UND DIMITRIOS L. MARGELLOS**
Fachliteratur: Westliche Regierungen müssen auf den Aufstieg Chinas klug reagieren

SCHWERPUNKT

Global Governance

Multilaterale Institutionen gibt es unzählige. Sie erfüllen durchaus wichtige Funktionen, agieren aber oft zersplittert und unorganisiert. Das wird besonders deutlich angesichts der großen Herausforderungen, vor denen die internationale Gemeinschaft steht. Globale Probleme erfordern globale Lösungen, und die multilaterale Politik muss sich dafür besser aufstellen – nicht irgendwann, sondern jetzt. Gelingt es nicht, Global Governance deutlich zu verbessern, werden unsere Probleme weiter wachsen.

Titelseite: Fahnen vor der UN-Zentrale in New York.
Foto: picture-alliance/AA/Cem Ozdel





 **Unser Schwerpunkt über Global Governance beginnt auf Seite 16. Er bezieht sich auf das 17. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (SDG – Sustainable Development Goal): globale Partnerschaften. Das Thema ist auch für jedes andere SDG wichtig.**

schnell reparieren lassen, wer immer auch demnächst in die Downing Street einzieht.

Gute internationale Zusammenarbeit macht Weltprobleme lösbar. Angesichts eskalierender Krisen muss sie noch besser werden, und alle müssen mitmachen.

Auf Länder mit hohen Einkommen kommt es besonders an, denn sie sind am reichsten, dominieren internationale Finanzinstitutionen und sind im UN-Sicherheitsrat überrepräsentiert. Diese Ländergruppe muss deutlich mehr tun, um globaler Verantwortung gerecht zu werden. Große Schwellenländer sind auch einflussreich, aber nicht als Gruppe organisiert. Länder mit niedrigen Einkommen sprechen jedenfalls zu selten mit einer Stimme.

Glasklar ist indessen, dass russische Vorstellungen von Weltordnung destruktiv sind. Nachbarn mit Waffengewalt den Willen aufzuzwingen, führt in die Katastrophe – weshalb im 17. Jahrhundert der Westfälische Frieden auf dem seinerzeit neuen Souveränitätsprinzip beruhte.

Geteilte Souveränität

Ein Supreme-Court-Urteil hat kürzlich den globalen Führungsanspruch der USA unterhöhlt. Das Gericht entschied, die Umweltbehörde Environmental Protection Agency (EPA) dürfe manche Instrumente zur Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen nicht nutzen. Deren Anwendung sei nämlich so transformativ, dass sie einen ausdrücklichen Kongressauftrag erfordere.

Das macht es Präsident Joe Biden nun noch schwerer, seine Klimapolitik, die im Senat feststeckt, umzusetzen. Der Supreme Court ließ sich weder auf die transformative Wirkung der Klimakrise ein noch darauf, dass der Kongress vor fünf Jahrzehnten die EPA schuf, weil Abgeordnete damals – anders als heute republikanische – akzeptierten, dass moderne Gesellschaften Umweltschutz existenziell brauchen. Die Glaubwürdigkeit einer Weltmacht leidet, wenn sie ihren Beitrag zur Lösung globaler Probleme nicht leistet.

Die Menschheit steht vor Herausforderungen, denen Nationalstaaten allein nicht gewachsen sind. Drei Beispiele sind Klimakrise, Finanzstabilität und Migration. Die Idee, Souveränität erlaube Regierungen, auf ihrem Territorium zu machen, was sie wollen, ist überholt. Es ist vier Jahrhunderte her, dass sie nach dem verheerenden Dreißigjährigen Krieg half, Frieden zu schaffen.

Damals hatten Protestanten gegen Katholiken gekämpft. Souveränität erlaubte friedliche Koexistenz, wenn auch nicht im selben Land. Die Feudalherren entschieden, welcher Kirche Land und Leute angehörten.

Heute überschreiten Probleme Grenzen. Was an einem Ort geschieht, wirkt sich auf andere aus. Also ist Zusammenarbeit nötig. Nationalstaaten sind deshalb nicht obsolet, und sie brauchen ihrerseits funktionstüchtige Untergliederungen wie Kommunen, Kreise und vielleicht auch Bundesländer. Auf allen Ebenen ist gute Amtsführung nötig – supranational, national und subnational.

Subsidiarität ist ein Prinzip der katholischen Soziallehre. Ihm zufolge sollen untere Einheiten all das, was sie können, eigenständig regeln und übergeordnete Ebenen nur eingreifen, wenn wichtige Aufgaben sonst unerfüllt bleiben. Entsprechend ist die EU für Dinge wie die Handelspolitik, die gemeinsame Währung und zunehmend auch die Klimapolitik zuständig.

Souveränität zu teilen ist nützlich. Britannien ist aus der EU ausgestiegen, und seine Wirtschaftsdaten liegen nun unter dem europäischen Schnitt. Macht wird wieder in London zentralisiert, und die Gesellschaft ist tief gespalten. Das beschädigte internationale Ansehen wird sich nicht



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von **E+Z**
Entwicklung und
Zusammenarbeit / **D+C**
Development and

Cooperation.
euz.editor@dandc.eu

Lori-Anne Thérroux-Bénoni arbeitet für das Institute for Security Studies (ISS Africa), eine Denkfabrik in Südafrika. Sie leitet das Regionalbüro für Westafrika, die Sahelzone und das Tschadseebecken. Ihr Team hat vor Ort die Sicherheitskrise analysiert, die sich von der Sahelzone auf die Küstenregionen ausbreitet. In unserem Interview



(Seite 23) argumentiert sie, dass sich alle internationalen Organisationen wie ECOWAS, AU, EU und UN an der Konfliktlösung beteiligen müssen.

► **Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema erscheinen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.**

INDIGENE VÖLKER

Gesetz des Dschungels

In Indiens Wäldern leben indigene Adivasi-Völker seit Jahrhunderten im Einklang mit der Natur. Viele haben immer noch kaum Kontakt zur Mehrheitsgesellschaft. Doch die moderne Welt dringt immer öfter in die entlegensten Wälder vor und das führt zu schweren Konflikten – besonders wenn Unternehmen natürliche Ressourcen ausbeuten wollen. Es gibt zwar Gesetze zum Schutz von Natur und lokalen Gemeinschaften, aber diese helfen kaum, um den Konflikt zu lösen.

Von Suparna Banerjee

Indiens indigene Gemeinschaften werden als „Adivasi“ bezeichnet. Sie genießen als „scheduled tribes“ („registrierte Stammesgemeinschaften“) offiziellen Sonderschutz (siehe Kastennächste Seite). Dennoch bleiben sie meist marginalisiert. Viele Dörfer haben kaum Kontakt zur Außenwelt. Die Dorfbewohner leben nach Gewohnheitsrechten, die sich über die Jahrhunderte entwickelt haben und es ihnen erlauben, natürliche Ressourcen zu nutzen und zugleich Verwalter der Wälder zu sein.

Der Forest Rights Act von 2006 erkennt die Symbiose der Adivasi mit ihrem natürlichen Lebensraum an. Es räumt den Dorfversammlungen klar eine Rolle bei der Verwaltung der Wälder ein und ermächtigt sie, ihre Kultur zu schützen.

Der Oberste Gerichtshof Indiens hat diese Rechte großzügig interpretiert. In einem Grundsatzurteil verbot er Vedanta Aluminium den weiteren Abbau von Bauxit in den Niyamgiri-Bergen. Das Gericht entschied hier zugunsten der Dongria Kondh, einer Adivasi-Gemeinschaft, die die Berge als religiöse Stätte betrachten.

Leider sind solche Lösungen selten. Die Kluft zwischen dem, was die Regierung als Entwicklung ansieht, und der Lebensweise der indigenen Gemeinschaften ist groß. Die Regierung ist sehr an Bergbau, Ressourcen und Wirtschaftswachstum interessiert und tendiert dazu, sich auf die Seite der Unternehmen zu stellen. Es gibt viele Gründe, warum Gesetze zum Schutz der Adivasi oft nicht durchgesetzt und sogar eklatant gebrochen werden:

- Die Rechtslage ist verwirrend, da Gesetzgebung auf nationaler und bundesstaatlicher Ebene oft uneinheitlich ist.
- Die Adivasi haben ihre eigene Sprache, aber die Gesetze sind in Englisch und Hindi verfasst, was sie oft nicht verstehen. Auch haben die Adivasi keine Anwälte und aus kulturellen Gründen erschwerten Zugang zu den Gerichten.
- Staatsbeamte verstehen oft keine der Adivasi-Sprachen.
- In ganz Indien werden Gesetze oft unvollständig umgesetzt, auch, weil die formale Gesetzgebung selten den Gegebenheiten an der Basis entspricht. Kastendenken und die Macht des Geldes setzen sich oft über die Rechtsstaatlichkeit hinweg.
- Indische Behörden sind dafür bekannt, korrupt zu sein.

Besonders drastisch ist die Lage im Distrikt Bastar im Bundesstaat Chhattisgarh, wo Eisenerz abgebaut und Wald abgeholzt wird. Von dem Ressourcenabbau profitieren die lokalen Adivasi-Gemeinschaften wie Gond und Halba nicht.

Sie brauchen den Wald, um Heilkräuter und Nahrung zu sammeln, um ihr Vieh zu weiden, und für Brennstoffe, um ihre Toten zu begraben, und für religiöse Rituale. Doch der Waldbestand geht stetig zurück, vor allem, weil die gewohnten Waldrechte der lokalen Bevölkerung vernachlässigt werden. Bastar ist eine der rückständigsten Regionen Indiens mit einer geringen Alphabetisierung, unzureichender Gesundheitsversorgung und schlechter Infrastruktur.

Das marktorientierte Entwicklungsparadigma der Regierung hat die Nachfrage nach natürlichen Ressourcen in den letzten drei Jahrzehnten schnell steigen lassen. Forst- und Bergbausektor sind kaum reguliert. Seit Beginn der Liberalisierung in den frühen 1990er Jahren nehmen die Spannungen in Waldgebieten wie Bastar drastisch zu. Es kommt immer wieder zu Vertreibungen, Umsiedlungen und mageren Entschädigungen für Land, das der Staat beansprucht.

Der Forest Rights Act war ein Schritt in die richtige Richtung, stand aber immer im Widerspruch zu einigen staatlichen Vorschriften. Einfache Adivasi können sich in der rechtlichen Komplexität nicht zurechtfinden.

Diese Umstände haben es Linksextremisten ermöglicht, sich bei den Adivasi zu etablieren, und einige, wenn auch nicht alle, schlossen sich ihnen an. Täglich gibt es



Paramilitärische Truppen patrouillieren nach einem Schusswechsel mit Linksextremisten in Chhattisgarh.



gewaltsame Zusammenstöße. Neben offiziellen Sicherheitskräften spielen auch rechte Bürgerwehren eine Rolle.

Die Bekämpfung von Aufständen ist selten mit Rechtsstaatlichkeit vereinbar – überall auf der Welt und auch in Zentralindien nicht. Es gibt unrechtmäßige Verurteilungen und Vorwürfe, extremistischen Gruppen anzugehören. Aktivisten, die auf verankerten Rechten bestehen, werden oft als „Terroristen“ verfolgt.

SPALTERISCHE BILDUNG

In diesem Umfeld haben selbst scheinbar harmlose Eingriffe von außen das Potenzial zu spalten. Ein Beispiel ist die Adivasi-

Internatsschule Kalinga Institute of Social Science (KISS) im Bundesstaat Odisha, die mit Unternehmen wie dem Bergbaukonglomerat Adani kooperiert und junge Menschen zu Facharbeitern in diesem Sektor ausbildet.

Dieser Ansatz ist weniger edel, als er vielleicht wirkt. Junge Menschen werden ausgebildet, aber sie werden auch vereinnahmt und gegen die Interessen ihrer Gemeinschaften ausgespielt. Bildungseinrichtungen zwingen junge Adivasi oft, ihre Sprache, Essgewohnheiten und ihre typische Kleidung aufzugeben.

Seit 30 Jahren werden die Adivasi von ihrem eigenen Land vertrieben und gezwungen, als Vertragsarbeiter im Bergbausektor zu arbeiten. Das führt zu einer mit großen Opfern verbundenen Abwanderung in andere Bundesstaaten. Sonderrechte für Adivasi gelten oft nur in dem Staat, aus dem sie stammen. In der Diaspora gehen die einheimischen Sprachen und Traditionen schnell verloren.

Jede Adivasi-Gruppe ist einzigartig, mit ihren Traditionen und Jahrhunderte zurückreichender Kultur. Die Gruppen versuchten immer, ihre Lebensweise, Normen

und Bräuche zu bewahren. Konflikte gibt es, wenn sich herausstellt, dass ihr Land reich an natürlichen Ressourcen ist, und die Regierung es kommerziell nutzen möchte.

Es muss wieder Frieden hergestellt werden. Es ist fraglich, ob die indigenen Gemeinschaften weiterleben können wie bisher oder ob sie sich der Mehrheitsgesellschaft anpassen müssen. Gegenseitiges Lernen ist wichtig. Dafür müssen die verbürgten Rechte der Adivasi gewahrt werden. Sie müssen das ihnen zustehende Mitspracherecht darüber erhalten, was mit ihrem Land geschieht. Die Idee, die moderne indische Gesellschaft sei zivilisierter, ist ein Irrtum. Das derzeitige Konsumverhalten ist nicht nachhaltig – die Kultur der Adivasi hingegen ist nicht nur mit ökologischer Vielfalt und Klimaschutz vereinbar, sondern sogar förderlich für beides.



SUPARNA BANERJEE
hat kürzlich an der Universität Bonn in Entwicklungsstudien promoviert. Ihr Buch über Waldkonflikte in Zentralindien

erscheint demnächst bei Routledge.
mail.suparnabanerjee@gmail.com

Indiens Adivasi

Der Begriff „Adivasi“ leitet sich von dem Hindi-Wort „adi“ ab, für „ursprünglich“ oder „am frühesten“, und „vasi“, für Einwohner. Offiziell gelten die Adivasi als „scheduled tribes“ („registrierte Stammesgemeinschaften“), aber Name und Status variieren von Bundesstaat zu Bundesstaat. Einige Gemeinschaften gelten in einem Bundesstaat als „scheduled tribe“, in anderen nicht – wenn sie umsiedeln, verlieren sie möglicherweise Sonderrechte.

Außenstehenden mag die Lebensweise eines Adivasi-Dorfes im Wald als unorganisiert erscheinen, doch sie basiert auf genau ausgetüftelten Gewohnheitsrechten. Die Dörfer im

Mandla-Distrikt von Madhya Pradesh etwa brauchen Waldprodukte, um ihr Einkommen zu sichern. Im März und April sammeln sie Mahua-Blüten, wobei sie die Blüten scheinbar wahllos pflücken. Tatsächlich aber gibt es etliche Regeln dafür. Traditionell ist jeder Baum einem Haushalt zugeordnet, dessen Mitglieder seine Blüten sammeln dürfen.

Die Adivasi-Bräuche weichen oft stark von dem ab, was die indische Gesellschaft als normal erachtet. So erlaubt die „Ghotul“ genannte Tradition im Bastar-Distrikt in Chhattisgarh unverheirateten Männern und Frauen, vor der Ehe herauszufinden, ob sie zusammen-

passen. Das Paar kann vierzehn Tage zusammen in einem Haus verbringen, um sich kennenzulernen. Danach können sie heiraten oder getrennter Wege gehen. Diese Praxis ist weit liberaler als arrangierte Ehen, wo sich Mann und Frau oft am Hochzeitstag zum ersten Mal begegnen.

Laut der indischen Volkszählung von 2011 gehören 104,2 Millionen Menschen zu den „scheduled tribes“. Das sind fast neun Prozent der Gesamtbevölkerung und mehr als elf Prozent der Landbevölkerung. Sie sprechen mehr als 100 Sprachen und unterscheiden sich in Sozialstruktur, Bräuchen, Sprache, Religion, Essensgewohnheiten, Kleidung, wirtschaftlicher Lebensgrundlage und in ihren kulturellen Ausdrucksformen.

Selbst in dicht besiedelten Gebieten leben die Adivasi-Gemeinschaften meist in getrennten Dörfern, obwohl sie sich regelmäßig mit anderen austauschen. In Waldgebieten sind die Adivasi-Stämme weitgehend sich selbst überlassen. Zu Konflikten kommt es, wenn Konzerne mit staatlicher Unterstützung auf ihrem Land Ressourcen abbauen wollen (siehe Hauptartikel).

Ende Juli wurde Droupadi Murmu vom Parlament zur indischen Präsidentin gewählt. Sie ist die erste Adivasi-Vertreterin, ist aber in ihrer Partei, der hindu-nationalistischen BJP, als gut vernetzte Politikerin bekannt. Die Rolle der Präsidentin ist weitgehend symbolisch, so dass sie für die Walddörfer in Zentralindien keine großen Veränderungen bewirken wird. SPB

MEDIENENTWICKLUNG

Umgang mit Falschinformationen und Repressionen

Falschinformationen, Hetze und Mobbing gibt es nicht erst seit dem Social-Media-Zeitalter, wie das Beispiel Simbabwe zeigt. Ein Symposium in Hamburg wird das Thema Vergangenheitsbewältigung und Umgang mit Fake News behandeln.

Von Werner Eggert

In den 1980er Jahren ließ das Regime des autokratischen Präsidenten Robert Mugabe mehr als 20 000 Angehörige des Ndebele-Volkes ermorden. Sie waren Anhänger der Afrikanischen Volksunion von Simbabwe (ZAPU) und somit Mugabes politische Gegner. Die Gräueltaten wurden unter dem

versuchen seit einigen Jahren, mit Dokumentationen und Diskussionsveranstaltungen die Schrecken von damals ans Licht zu holen und festzuhalten; die Angehörigen der Opfer haben ein Recht zu erfahren, was passiert ist.“ Ndebele und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter von CITE kündigen Termine und Orte ihrer Aktivitäten nur kurzfristig an, um staatlichen Störmanövern zu entgehen. Die simbabwischen Sicherheitskräfte beobachten die Organisation genau, da die Regierungspartei keinerlei Interesse an einer Aufarbeitung hat.

Bei den Recherchen zum Gukurahundi hat Ndebele erfahren, wie sehr das Mugabe-Regime vor vier Jahrzehnten Falsch-

Seit 2021 bildet die Organisation Freiwillige aus, die in ihren Communitys die Medienkompetenz der Menschen steigern.

Wie genau das aussieht und welchen Beitrag CITE zur Aufarbeitung des Gukurahundi leistet, werden Ndebele und einige Teammitglieder in Hamburg auf dem diesjährigen Symposium des Forums für Medien und Entwicklung (fome22) im Detail vorstellen. Auch andere Redner aus aller Welt werden ihre Erfahrungen teilen. Chefredakteur Soe Myint aus Myanmar wird berichten, wie sich das Medienhaus Mizzima vorsorgend für Krisen präpariert hat und so im vergangenen Jahr schnell auf den Militärputsch reagieren konnte.

Eine Vertreterin von Rappler, dem regierungskritischen philippinischen Nachrichtenportal der Friedensnobelpreisträgerin Maria Ressa, wird erklären, wie sich ihre Redaktion gegen Übergriffe des Staates wappnet. Bosnien-Expertinnen und -Experten werden berichten, welche Lehren die Medien dort aus der Vergangenheit gezogen haben. Andere Themen werden die Kommunikation von Wahrheitskommissionen sein, und die Bemühungen, Straftaten gegen Journalistinnen und Journalisten besser zu verfolgen. Es wird auch darum gehen, wie Medienentwicklungsorganisationen ihre Aktivitäten besser messen können, und um die Situation der Medien in der Ukraine.

Der Titel des Symposiums, das am 13. und 14. September in Hamburg stattfindet, lautet „Media Development: Dealing with the Past – Preparing for the Future“. Workshops, Vorträge und Diskussionen widmen sich der Frage: Welche Rolle können Medien bei der Aufarbeitung von vergangenen bewaffneten Konflikten und der Vermeidung von künftigen gewalttätigen Konflikten spielen und welche Rolle spielt Medienentwicklungszusammenarbeit dabei?

LINKS

Programm, Tickets und Tipps zum Symposium
www.fome.info
www.interlink.academy



WERNER EGGERT
 ist Geschäftsführer der
 Interlink Academy for
 International Dialog and
 Journalism, die das

Symposium dieses Jahr organisiert.
werner.eggert@interlink.academy



Gedenkstein für 1983 ermordete Regimegegner vom Volk der Ndebele in Simbabwe.

Namen Gukurahundi bekannt und als Völkermord eingestuft. Bis heute ist es in Simbabwe gefährlich, darüber zu berichten und den Angehörigen der Opfer und Zeitzeugen eine Stimme zu geben.

Aktivist Zenzele Ndebele von der Medienorganisation Centre for Innovation and Technology (CITE) in Bulawayo sagt: „Wir

informationen gestreut hat, um das Ausmaß des Völkermords zu verschleiern und die Taten bei den eigenen Anhängern zu rechtfertigen. „Es ist wie heute in den sozialen Medien: Falschinformationen schüren Hass, und Hass führt zu Gewalt“, erklärt Ndebele. Deswegen hat CITE ein großes Projekt zur Medien- und Informationskompetenz gestartet.



Secondhand-Buchladen
in Hanoi, Vietnam

Kultur-Spezial

Wie in jedem Sommer stellt die E+Z/D+C-Redaktion Bücher und Filme vor, die uns gut gefallen und die wir Ihnen, liebe Leserschaft, als Tipp empfehlen möchten. Die Werke haben einen entwicklungspolitischen Bezug, und wir würden uns freuen, wenn sie eine Anregung zum Lesen oder Anschauen geben. Dieses Jahr verteilen wir unser Kultur-Spezial auf zwei Digitale Monatsausgaben – im August und September.

INTEGRATION

Sie gehörten nirgends dazu

In ihrem Roman „Das Land der Anderen“ erzählt die junge französisch-marokkanische Schriftstellerin Leïla Slimani die Geschichte der Elsässerin Mathilde und ihres Mannes Amine im turbulenten Nachkriegsjahrzehnt in Marokko und zeigt die Schwierigkeiten auf, die aus den kulturellen Unterschieden entstehen.

Von Dagmar Wolf

Die junge Französin Mathilde lernt ihren Mann Amine 1944 anlässlich der Feierlich-

keiten zur Befreiung des Elsass durch die französische Armee kennen. Der gut aussehende Offizier ist einer der rund 35000 marokkanischen Soldaten, die an der Seite der Franzosen gegen die deutsche Besatzung gekämpft haben. Die beiden heiraten. Froh, der Enge des bürgerlichen Elternhauses im Elsass entfliehen zu können, und in Erwartung eines völlig anderen, exotischen Lebens geht die abenteuerlustige Mathilde mit Amine nach Marokko. Dort hat er von seinem Vater ein Stück Land geerbt, auf dem die beiden eine Farm mit Orangenbäu-

men, Wein und Getreide aufbauen und eine Familie gründen wollen.

Übergangsweise lebt das Paar bei Amines Mutter und den Geschwistern in der Medina von Meknès. Die Stadt ist damals zweigeteilt. Die marokkanische Bevölkerung, so wie Amines Mutter, lebt im engen Gassengewirr der Altstadt. Die französischen Kolonialisten hingegen wohnen in schicken Häusern in der modernen Neustadt.

Auch das Leben auf der Farm hat wenig mit Mathildes abenteuerlichen Träumereien zu tun. Amine versucht unter Mühsal ein karges Stück Land im Hinterland von Meknès in fruchtbaren Boden zu verwandeln. In ihren Briefen an ihre Schwester Irène und ihren Vater Georges zu Hause schildert Mathilde ihr Leben hingegen als aufregendes Abenteuer, um die beiden zu beeindrucken.

Ihr fällt es schwer, sich an die kulturellen Gepflogenheiten zu gewöhnen. Zwar gelten für sie als eingewanderte Französin nicht die strengen Regeln der marokkanischen Gesellschaft, sie fährt Auto, schickt ihre Tochter auf eine christliche Schule, bewegt sich frei durch die Stadt. Doch verheiratet mit einem Einheimischen, wird sie von der französischen Kolonialgesellschaft verspottet. Gleichzeitig entwickelt sich Amine, zerrissen zwischen unterschiedli-

Klassenkameradinnen ausgegrenzt. Als sie sie dennoch, von Mathilde gedrängt, zu ihrem Geburtstag einlädt, kommt es zu einer demütigenden Szene, als eines der Mädchen verlangt, vom „Chauffeur“ (Amine) nach Hause gebracht zu werden – und Amine nicht widerspricht.

Politisch ringt Marokko in den Nachkriegsjahren um seine Unabhängigkeit von Frankreich. Es kommt zu Gewalt von beiden Seiten, zu Anschlägen auf Einrich-

eine Magd, und Mourad, einen ehemaligen Kampfgenossen Amines, sowie den Gynäkologen Dragan, einen ungarischen Juden, der auf der Flucht vor den Nationalsozialisten in Marokko gelandet ist.

Schlüsselfiguren sind Selma, die jugendliche Schwägerin Mathildes, die auf Konventionen pfeift und offen gegen die patriarchalische Gewalt ihres älteren Bruders aufbegehrt, und Omar, der stets im Schatten seines größeren Bruders Amine stand und im Zuge der Unabhängigkeitsbewegung zum radikalen Nationalisten wird. Slimani erzählt aus den Augen der jeweiligen Person, ohne zu bewerten oder zu verurteilen.

Slimani selbst kam 1981 im marokkanischen Rabat zur Welt und wuchs in einer begüterten Familie auf, in der Französisch gesprochen wurde. Ihre Mutter war Ärztin, ihr Vater Ökonom, von 1977 bis 1979 sogar Wirtschaftsminister des Lands. 1999 ging Slimani nach Paris an die renommierte Politikhochschule Sciences Po und arbeitet seit 2008 als Journalistin für das Wochenmagazin „Jeune Afrique“. Für ihren Roman „Chanson douce“ („Dann schlaf auch du“) wurde sie 2016 mit dem Prix Goncourt ausgezeichnet. Den Posten als Kulturministerin, den ihr Frankreichs Präsident Emmanuel Macron 2017 anbot, lehnte sie ab, um weiter als Schriftstellerin tätig sein zu können. In einem Interview anlässlich des Erscheinens ihres Romans „Das Land der Anderen“ erklärt sie, sie habe immer das Gefühl, im Land der Anderen zu leben, egal, ob sie in Marokko oder Frankreich sei.

Der Roman ist als erster Teil einer Trilogie konzipiert, in der Slimani die Geschichte Marokkos von 1945 bis 2015 aufrollen will. Dabei orientiert sie sich an der eigenen Familiengeschichte. So sind Mathilde und Amine inspiriert von ihren eigenen Großeltern mütterlicherseits. Im zweiten Band der Trilogie will Slimani die Geschichte ihrer Mutter erzählen.

BUCH

Slimani, L., 2021: Das Land der Anderen. München, Luchterhand.



DAGMAR WOLF
ist Redaktionsassistentin bei **E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and**

Cooperation.

euz.editor@dandc.eu



Altstadt von Meknès.

chen Rollenerwartungen, immer mehr zum tyrannischen Patriarchen, der die Gesetze und Tabus der traditionellen marokkanischen Gesellschaft einfordert. Mathilde wird schnell klar, dass sie sich den rigiden Moralvorstellungen beugen soll. „So ist das eben hier“, weist er sie brüsk zurück, als sie sich über Ungerechtigkeiten aufregt.

Das ungleiche Paar stößt sowohl in der marokkanischen Bevölkerung als auch in der französischen Kolonialgesellschaft auf Ablehnung. Selbst als Mathilde sich um die gesundheitliche Versorgung der armen Bauern aus dem Umland kümmert und langsam deren Vertrauen gewinnt, wird klar, dass sie immer eine Fremde bleiben wird. Sie und Amine gehören nirgends dazu. Den Demütigungen und dem Rassismus sind auch ihre Kinder ausgesetzt. Ihre Tochter Aïcha wird von ihren französischen

tungen der Protektoratsbehörden und auf Höfe französischer Grundbesitze. Mathilde und Amine finden sich zwischen den französisch-arabischen Fronten wieder. Marokkanischen Nationalisten ist Amine suspekt, weil er in der Armee des Feindes gedient hat. Als Aïcha ihren Vater fragt, ob sie zu den Guten oder Bösen gehören, verweist er auf ihren „Zitranenbaum“ – einen Orangenbaum, auf den er aus Spaß für Aïcha einen Zitronenzweig gepfropft hatte: „Wir sind wie dein Baum, halb Zitrone, halb Orange. Wir gehören zu keiner Seite!“

Der Roman ist ein Mosaik aus Figuren und Schicksalen, er lebt von seiner Vieltimmigkeit: Da gibt es neben der christlichen, gebildeten Französin Mathilde und ihrem marokkanischen Ehemann Amine noch seine Mutter Mouilala, eine traditionelle Muslimin, die ihre Söhne bedient wie

MIGRATION

Amerikanisches Glück und Leid

Zwei Familien in New York zur Zeit der Bankenkrise – die eine weiß, privilegiert und reich, die andere schwarz und ohne gesicherten Aufenthaltsstatus. Ihr Schicksal behandelt der Roman „Das geträumte Land“ der Autorin Imbolo Mbue. Beide Familien zerbrechen am Klischee des amerikanischen Traums.

Von Sabine Balk

Jende Jonga ist als Asylbewerber aus Kamerun in die USA gekommen und hofft auf eine Aufenthaltsgenehmigung. Während die amerikanischen Behörden seinen Asylantrag prüfen, kann er seine Frau und seinen Sohn aus Kamerun nachholen. Ein besonderer Glückfall für ihn ist, dass ihm sein Cousin einen gut bezahlten Job als Chauffeur bei einem wohlhabenden Banker von Lehman Brothers vermitteln kann. Jende scheint im Land seiner Träume angekommen zu sein.

Während sein Arbeitgeber Clark Edwards und dessen Familie den Traum des erfolgreichen Amerikas widerspielen, lebt Jende mit seiner Familie das typische Los einer Einwandererfamilie: kleine schäbige Wohnung im New Yorker Schwarzenviertel

Harlem und tagtäglich Arbeit bis spät in die Nacht. Aber Jende und seine Frau Neni glauben fest an den amerikanischen Traum, dass man mit harter Arbeit alles erreichen kann. Und Neni hat große Pläne in Amerika. Sie will Apothekerin werden. Jede freie Minute, in der sie nicht arbeiten oder für den Haushalt sorgen muss, lernt sie für das College, mit dessen Abschluss sie auf einen Studienplatz in Pharmazie hofft. Auch nachts gönnt sie sich kaum Schlaf.

Mit Bewunderung staunen die Jongas über den Reichtum der Edwards und deren Leben, das so anders als ihr eigenes ist. Die Edwards wohnen in einer großen Villa mit Personal, und die Frau Cindy kann sich alles kaufen, wovon sie träumt. Auch Neni kann dort zeitweise als Haushälterin arbeiten. Mit der Zeit erkennen die Jongas, dass bei ihren reichen Arbeitgebern nicht alles so perfekt ist, wie es scheint. Clark Edwards arbeitet rund um die Uhr und vergnügt sich stundenweise in Hotels mit Prostituierten, Cindy ist depressiv und neigt zu Alkohol- und Drogenmissbrauch.

Dann kommt der Absturz. Als Lehmann Brothers Pleite geht und eine weltweite Bankenkrise auslöst, findet der amerikanische Traum für beide Familien ein jähes

Ende. Clark verliert seinen Job und entlässt Jende, der nun mit mies bezahlten Ausfallsjobs seine Familie kaum mehr durchbringen kann. Als die Behörden auch noch Jendes Asylantrag ablehnen und die Abschiebung bevorsteht, bricht er körperlich und psychisch zusammen. In ihm reift der Entschluss, nach Kamerun zurückzugehen.

Neni ist absolut dagegen, und ihre Ehe zerbricht beinahe daran. Nach einem quälenden Prozess gibt Neni letztendlich nach, wie es sich ihrer Meinung nach für eine gute kamerunische Ehefrau gehört. Das Buch endet nicht mit einem hoffnungslosen, destruktiven Ende – im Gegenteil. Beide Familien können aus der Krise Hoffnung schöpfen. Clark Edwards erkennt, wie wertvoll die Zeit mit der Familie ist, und Jende und Neni hoffen auf ein angenehmes Leben in Kamerun. Mit den Tausenden gesparten Dollar sind sie wohlhabende Leute in Kamerun, können auf ein stattliches Haus und eine gute Schule für ihre Kinder hoffen.

Die 1982 in Kamerun geborene Autorin hat mit ihrem Debütroman, für den sie 2017 den renommierten PEN/Faulkner Award erhielt, vieles aus ihrer eigenen Biografie einfließen lassen. Sie selbst kam mit 17 Jahren aus Kamerun in die USA, wo Verwandte ihre Ausbildung finanzierten. Sie machte an der Columbia University in New York ihren Abschluss und arbeitete anschließend in der Marktforschung eines Medienunternehmens. Infolge der amerikanischen Finanzkrise verlor Mbue ihre Arbeitsstelle und war eineinhalb Jahre lang arbeitslos. Nach eigenen Angaben war sie desillusioniert über das Leben in den USA und den amerikanischen Traum, der nicht für alle erreichbar sei. Sie spielte mit dem Gedanken, nach Kamerun zurückzugehen.

Im Gegensatz zu ihren Romanhelden hat Mbue es aber doch in den USA geschafft. Seit 2014 besitzt sie die amerikanische Staatsbürgerschaft und ihr 2016 erschienener Roman war ein Überraschungserfolg.

BUCH

Mbue, I., 2017: *Das geträumte Land*. Kiepenheuer & Witsch, Köln.



SABINE BALK
ist Redakteurin von E+Z
Entwicklung und Zusammenarbeit/D+C Development and Cooperation.

euz.editor@dandc.eu



Ein Frau aus Kamerun mit Kind versucht über die mexikanische Grenze in die USA zu gelangen.



Hala macht eine Ausbildung zur Polizistin in Syrien.

POLITISCHER ISLAM

Emanzipation syrischer Frauen

Der Dokumentarfilm „The Other Side of the River“ zeigt, wie die Befreiung von Frauen aus dem Patriarchat und die Demokratiebewegung im Norden Syriens verbunden sind.

Von Aviva Freudmann

Das Persönliche ist politisch – und umgekehrt. Das wird im vom Krieg zerstörten Norden Syriens deutlich. Auf politischer Ebene kommt es noch immer vereinzelt zu Gewaltausbrüchen. Regierungstruppen, der fundamentalistische Islamische Staat (IS), kurdisch und arabisch angeführte Aufständische und verschiedene internationale Armeen kämpfen um die Region. Manche Gruppen, wie die kurdisch geführten Demokratischen Kräfte Syriens, verfolgen das Ziel, Basisdemokratien zu errichten.

Auf persönlicher Ebene werden sich derweil einige junge Frauen der tief verwurzelten patriarchalischen Normen bewusst, die sie machtlos halten. Diese Frauen, auch wenn es nur wenige sind, lehnen sich gegen die Unterdrückung auf. Gleichzeitig kämpfen sie für mehr Basisdemokratie.

Das Zusammenspiel des Persönlichen und des Politischen hat die deutsche Filmemacherin Antonia Kilian 2016 in den Nordosten Syriens gezogen. Ihr ursprüngliches Ziel, die Stadt Mabidsch, war zu diesem Zeitpunkt eine Kriegszone. Die Demokratischen Kräfte Syriens waren dabei, den IS aus der Stadt zu vertreiben.

Es war zu gefährlich, dort einen Film zu drehen. Kilian wurde an die rund 30 Kilometer entfernte Polizeiakademie für Frauen verwiesen, die auf der anderen Seite des Euphrats liegt. Dort traf sie die 19-jährige Hala Mostafa, die vor ihrem Vater geflohen war. Dieser hatte geplant, sie mit einem IS-Kämpfer zu verheiraten.

Ein Jahr lang drehte Kilian ihren Dokumentarfilm. Er erzählt von Halas Erlebnissen während ihrer Ausbildung „auf der anderen Seite des Flusses“ und über ihre anschließende Berufung nach Mabidsch. Ihre Aufgabe als Polizistin ist es, Frauen vor Gewalt zu schützen. Der Film zeigt ihre wachsende Entschlossenheit, sich für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und für das ihrer neun jüngeren Schwestern einzusetzen.

Die Ausbildung der jungen Frauen an der Akademie umfasst körperliche Übungen und Unterricht über die Grundlagen der Polizeiarbeit. In der Akademie teilen die Lehrenden und Lernenden ihre Erfahrungen. Sie nehmen dabei kein Blatt vor den Mund. Eine Frau erzählt die erschütternde Geschichte einer jungen Frau, die von ihren eigenen Angehörigen und Familien aus der Nachbarschaft zu Tode gesteinigt wurde. Eine andere Frau warnt vor sexueller Ausbeutung: „Ein Mann ist nur an einer Nacht interessiert, um seine Lust zu befriedigen. Danach würde er dich sofort vor die Tür setzen, wenn er könnte.“ Eine dritte sagt: „Die Ehe ist ein Instrument, um Frauen zu unter-

drücken. Frauen sollen glauben, das sei ihr Schicksal.“

Hala saugt diese Aussagen auf und wird durch sie gestärkt. Als sie ihre Schwester Sosan überzeugen kann, sie auf die Akademie zu begleiten, ist das ein persönlicher Sieg – gegen den Widerstand ihres Vaters. Für die Schwestern läuft es gut, zumindest für eine Weile.

Aber letztendlich gibt Sosan unter dem väterlichen Druck nach. Der Vater, der möglicherweise Verbindungen zum IS hat, erklärt Sosan, sie müsse zurückkommen und einer arrangierten Ehe zustimmen. So könne sie „die Schuld tilgen, die Hala über die Familie gebracht hat“. Sosan willigt ein und wird mit einem Mann verheiratet.

Eine Szene kurz vor Sosans Hochzeit zeigt, wie das Patriarchat Kontrolle aufrechterhält. Sosan sitzt in ihrer Hochzeits-tracht im kleinen Hof mit ihrer Familie. Ein junger Mann, scheinbar ein IS-Kämpfer, platzt herein und schießt mit seiner Waffe mehrmals in die Luft und ruft: „Erzählt Hala, dass ihr Vater sagt, er könne sie mit einer Kugel erledigen.“

Hala lässt sich jedoch nicht entmutigen. Sie setzt ihre Polizeiarbeit in Mabidsch fort. Aber Sosans Entscheidung hat sie aufgebracht und sie will ihre anderen Schwestern unbedeutend vor einer Zwangsheirat bewahren. Darum trifft sie eine hitzköpfige, illegale Entscheidung: Sie versucht mit Gewalt, ihre Schwestern aus dem Haus der Familie zu befreien. Dies bringt sie natürlich in Schwierigkeiten mit der Polizei. Hala verbringt mehrere Tage im Gefängnis. Es ist unklar, wie sich ihr Verhalten auf ihre berufliche Zukunft auswirken wird.

Die Polizistinnen versuchen mit ihrer Arbeit, anderen Frauen die Botschaft der Emanzipation nahezubringen. In einer Szene des Films ist zu sehen, wie eine Frau vor häuslicher Gewalt flieht. Sie sucht Hilfe bei der Polizei und erhält sie – eine weitere Verbindungen zwischen Persönlichem und Politischem, die der Film zieht.

FILM

**The Other Side of the River, 2021, Syrien.
Regie: Antonia Kilian, Pink Shadow Films.**



AVIVA FREUDMANN
ist eine freiberufliche Autorin und lebt in South Carolina, USA.
Frankfurterin2009@gmx.de

Mit Cannabis den Staat sanieren

Der kenianische Präsidentschaftskandidat George Wajackoyah macht mit dem Versprechen Wahlkampf, Hanf zu legalisieren. Damit will er dringend benötigtes Geld einnehmen, um die hohe Staatsverschuldung zu bekämpfen und die Wirtschaft anzukurbeln. Der umstrittene Vorschlag hat eine Debatte über das Für und Wider der weitgehend illegalen Nutzpflanze ausgelöst.

Der 63-jährige Juraprofessor George Wajackoyah ist einer der vier Kandidaten für die Präsidentschaftswahl am 9. August 2022. Während er sonst für verrückte Ideen bekannt ist, hat sein Vorschlag, Nutzhanf zu legalisieren, die Aufmerksamkeit verschiedener Interessengruppen erregt.

Teile der Gesellschaft sind gegen Wajackoyahs Vorschlag und befürchten, dass ein solcher Schritt schlimme Folgen für die Jugend haben könnte. Victor Okioma, Leiter einer staatlichen Behörde gegen Drogenmissbrauch, verweist auf die Erfahrungen von Ländern wie Mexiko, um die Gefahren einer Cannabislegalisierung aufzuzeigen.

Seine Bedenken könnte eine Untersuchung bestätigen, die in Kanada drei Jahre nach der Legalisierung von Marihuana für den Freizeitgebrauch durchgeführt wurde. Die Studie zeigt, dass die Branche Millionen von Dollar verdient. Das Justizsystem hat weniger Verurteilungen wegen Drogenkonsums verzeichnet. Allerdings scheint es mehr Kanadier zu geben, die Marihuana konsumieren,

was die Gefahr einer Abhängigkeit erhöht.

Die Befürworter des Vorschlags argumentieren, dass die wirtschaftlichen Vorteile die Gefahren überwiegen. „Mais ist nicht mehr rentabel, weil der Regen ausbleibt“, sagt Maria, eine Kleinbäuerin in Zentralkenia. „Wenn wir ernten, kommen wir kaum über die Runden. Wir haben immer mehr Verluste. Ich habe gehört, dass Marihuana einfach und ohne viel Pflege wächst. Das heißt, es könnte so lukrativ wie Tee sein, wenn man es richtig kultiviert.“ Tee ist seit Jahren der wichtigste Devisenbringer in Kenia.

Einige afrikanische Länder wie Uganda, Simbabwe und Lesotho haben kleine Projekte gestartet, um zu testen, ob die Legalisierung von Nutzhanf machbar ist. Zwar gibt es noch keine Studien über die Auswirkungen auf die Wirtschaft, doch Investoren finden Hanf rentabel.

In Kenia haben einige Firmen Lizenzen, um mit Nutzhanf zu forschen. Eines dieser Unternehmen ist Green Corporation Global, das eine Partnerschaft mit der Jomo Kenyatta University of Agriculture and Technology (JKUAT) und privaten Unternehmen eingegangen ist, um Hanfprodukte zu entwickeln. Geschäftsführer Michael Karanja findet den Vorschlag des Präsidentschaftskandidaten gut. „Es ist spannend, weil die Kenianer endlich eine offene Diskussion ohne Vorurteile führen. Aus Nutzhanf lassen sich über 25 000 verschiedene Produkte herstellen. Es wäre möglich, Fabriken für die Massenproduktion dieser Produkte zu errichten. Angesichts der Arbeitslosigkeit in Kenia ist das eine gute Lösung.“

Die Website „Africa Check“ hingegen hat die Pläne von Wajackoyah als irreführend bezeichnet. Die Preise, die er für Marihuana einplant, seien überhöht. „Wir stufen die Behauptung als falsch ein“, schreibt Faktenchecker und E+Z/D+C-Autor Alphonse Shiundu. Dennoch hat Wajackoyah mit seinem Vorschlag in den sozialen Medien und unter Jugendlichen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, viel Aufmerksamkeit erregt.



CIKIMANI-MWANIKI
ist eine kenianische Autorin aus Nairobi.

thevillager254@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

63. Jg. 2022

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation. Internet: www.DandC.eu ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 29.7.22 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren. Wer beitragen will, ist dazu herzlich eingeladen.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Dr. Susanne Neubert, Prof. Dr. Imme Scholz, Hugh Williamson

VERLAG:

Fazit Communication GmbH
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71–81
D-60327 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, Vi.S.d.P.),
Sabine Balk (SB), Jörg Döbereiner (JD), Dagmar Wolf (DW; Assistenz),
Maren van Treel (MVT; Social Media)
Freiberufliche Mitarbeit: Ronald Sseguyi Ssekandi (Kolumne Heutzutage), Aviva Freudmann, Jan Walter Hofmann (Layout),
Eleonore von Bothmer (Übersetzung)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@cover-services.de

DRUCK:

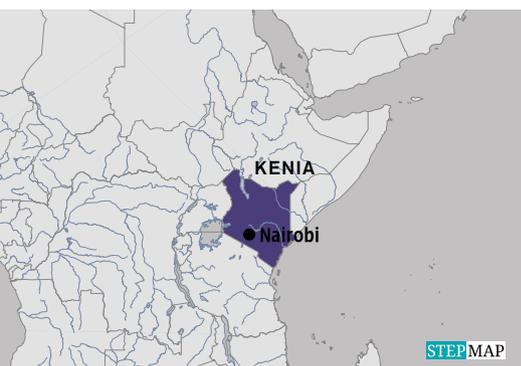
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kürhessenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

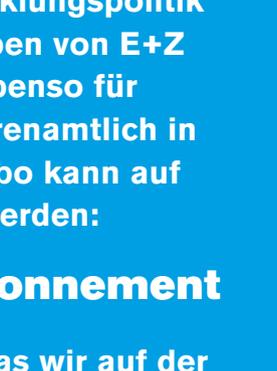
Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



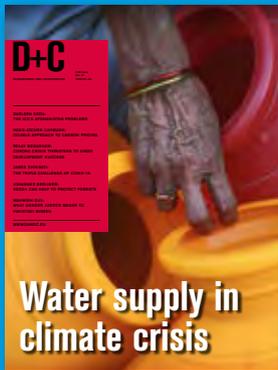


GRATIS- Abonnements

Wir aktualisieren unsere Vertriebsliste. Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und anderweitige Institutionen mit Bezug zur internationalen Entwicklungspolitik können derzeit die Druckausgaben von E+Z gratis abonnieren. Das gilt ebenso für Individuen, die beruflich oder ehrenamtlich in diesem Bereich arbeiten. Das Abo kann auf unserer Website bestellt werden:

www.dandc.eu/de/ez-abonnement

Die Hefte enthalten nicht alles, was wir auf der Website (www.dandc.eu) veröffentlichen. Sie dokumentieren dauerhaft wichtige Aspekte der internationalen Entwicklungsdebatte.





**Die Wahlsieger
Gustavo Petro und
Francia Márquez.**

nach Frieden. Es überrascht nicht, dass Menschen mit afrikanischen Vorfahren, indigene Gemeinschaften und Opfer von Gewalt massiv für Petro und Márquez gestimmt haben.

Die neue kolumbianische Führung muss sich großen Herausforderungen stellen. Ungleichheit und Rassismus sind eng verknüpft und tief in der Gesellschaft verwurzelt. Petro und Márquez verkörpern dagegen die Hoffnung auf Veränderung.

Die neue Regierung muss die Demokratie stärken und soziale Gräben überbrücken – eine schwierige Aufgabe. Einige politische Akteure kooperieren mit illegalen bewaffneten Gruppen. Aktivistinnen und Aktivisten werden weiterhin ermordet. Vollerorts haben Warlords das Sagen, selbst in Provinzhauptstädten. Etwa ein Drittel der 15- bis 28-Jährigen geht weder einer Arbeit noch einem Studium nach. Die Pandemie hat die Lebensgrundlagen vieler zerstört.

Die internationale Lage bleibt kritisch, eine weltweite Rezession droht. Inwiefern der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank, ausländische Regierungen und private Investoren auf die Propaganda hereinfallen, Kolumbiens neue Führung sei „hart links“, bleibt abzuwarten. US-Präsident Joe Biden immerhin rief Petro an, um ihm zu gratulieren – das wird als vielversprechend gewertet.

Die neue Regierung wird ein politisches Programm zum Abbau von Ungleichheiten brauchen und ein nationales Narrativ zur Förderung des Zusammenhalts – ähnlich wie die Linksregierungen in Chile, Bolivien und Peru. Hat sie Erfolg, kann das ein Zeichen setzen in einer Welt voller Gier, Ungleichheit und Gewalt. Es braucht Regierungen, die ihren Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl geben, dass ihr Land ihnen gehört und sie es mitgestalten können. Wo sie aber zu bloßen Mietern gieriger Vermieter reduziert werden, wird die Demokratie weiter erodieren – und autoritäre Narrative setzen sich sowohl rechts als auch links der Mitte durch.



FABIO ANDRÉS DÍAZ PABÓN
ist Forscher am African
Centre of Excellence for
Inequality Research (ACEIR)
der Universität Kapstadt und

wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Rhodes-Universität in Südafrika.

fabioandres.diazpabon@uct.ac.za

DEMOKRATIE

Kolumbiens Hoffnungsträger

Bei den Präsidentschaftswahlen in Kolumbien am 19. Juni siegte erstmals ein linker Kandidat: Gustavo Petro, der vor 30 Jahren ein Guerrillero war. Vizepräsidentin wird die Umweltaktivistin Francia Márquez, Kolumbianerin mit afrikanischen Vorfahren. Die Wahl zeigt, wie unzufrieden die Bevölkerung mit Ungleichheit und Armut ist.

Von Fabio Andrés Díaz Pabón

Die Medien stellen Petro und Márquez gern als Revolutionäre dar, dabei stehen sie eher für Reformen. Petro ist in der kolumbianischen Politik seit Jahrzehnten eine etablierte Persönlichkeit. Er war Senator und Bürgermeister der Hauptstadt Bogotá und strebte dort mit verfassungsgemäßen – nicht revolutionären – Mitteln den Wandel an.

Márquez' Aufstieg hat mehr Symbolkraft. Das ehemalige Dienstmädchen war bis vor Kurzem Sozialhilfeempfängerin. Seit sie sich als Umwelt- und Sozialaktivistin engagiert, erhält sie Morddrohungen. Sie steht für jene, die im System zurückgelassen wurden: Fast 40 Prozent der Menschen in Kolumbien leben in Armut.

Wer afrikanische Wurzeln hat oder einem indigenen Volk angehört, wird weiter-

hin ausgegrenzt. Abwertende Begriffe wie „negro“, „indio“ und „campesino“ sind immer noch in Gebrauch. Kolumbien hat sich nicht mit dem blutigen Erbe der europäischen Kolonialisierung auseinandergesetzt. Umso bedeutsamer ist es, dass die neue Vizepräsidentin ein neues Ministerium zur Bekämpfung von Ungleichheit leiten wird.

Márquez ist seit Mitte der 1990er-Jahre führend im Sozialbereich und Umweltschutz aktiv. Sie hat immer wieder verlangt, dass die staatlichen Behörden die Verfassung von 1991 respektieren, Bürgerrechte anerkennen und niemanden ausschließen. Ihre Forderungen nach mehr Demokratie wurden allerdings als „gefährlich revolutionär“ diskreditiert.

In Kolumbien leben Millionen Menschen in abgelegenen Gebieten, in denen der Staat weitgehend abwesend ist. Sie stehen weiterhin im Kreuzfeuer verschiedener bewaffneter Gruppen. Ein Friedensabkommen wurde im Rahmen einer Volksabstimmung 2016 abgelehnt, nicht zuletzt wegen Fake-News-Propaganda. Iván Duque, Präsident der vergangenen vier Jahre, stellte sich gegen das Abkommen sowie wichtige Institutionen wie die Wahrheitskommission. Seit 2019 finden Massenproteste gegen Duque statt, verbunden mit der Forderung

SRI LANKA

Neuer Staatschef ohne Volksmandat

Am 20. Juli wurde Ranil Wickremesinghe zum neuen Präsidenten Sri Lankas ernannt. Obwohl ihm das Vertrauen der Bevölkerung fehlt, wählten ihn die Abgeordneten – auch weil er als international gut vernetzt gilt. Vielleicht hofft die politische Elite aber auch einfach nur, dass er sie protegiert.

Von Arjuna Ranawana

Sri Lankas Wirtschaft ist im freien Fall. Es gab eine schwere Misswirtschaft – im Mai konnte das Land den Großteil seiner internationalen Schulden von fast 51 Milliarden US-Dollar nicht zurückzahlen. Die Regierung bat Indien, Bangladesch und China um Unterstützung und erhielt sie. Zudem gab es Gespräche mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Preise steigen rapide, immer mehr Familien müssen Mahlzeiten ausfallen lassen. Laut UN benötigen 4,9 Millionen Menschen dringend Nahrungsmittelhilfe.

Nach monatelangen Protesten war Präsident Gotabaya Rajapaksa im Juli nach Singapur geflohen, wo er seinen Rücktritt erklärte. Seine Familie hat die Politik Sri Lankas lange dominiert. Sein Bruder Mahinda Rajapaksa war von 2005 bis 2015 Präsident, Gotabaya sein Verteidigungsminister. Beide haben starke autoritäre Neigungen. Als

Gotabaya nach seinem Wahlsieg 2019 mit 52 Prozent der Stimmen Präsident wurde, machte er Mahinda zum Premierminister. Auch weitere Geschwister bekleideten Regierungssämter.

Als Mahinda im Mai nach ausschweifenden Protesten zum Rücktritt gezwungen war, verlor der Clan seine Macht. Premierminister wurde zunächst Wickremesinghe. Er ist bekannt, aber nicht beliebt und hatte dieses Amt seit 1993 unter diversen Staatschefs bereits mehrfach inne. Bei den Parlamentswahlen 2020 verlor er seinen Wahlkreis in Colombo. Die von ihm geführte United National Party (UNP) bekam so wenige Stimmen, dass sie keinen Wahlkreis gewann, sondern nur einen einzigen Sitz erhielt – aufgrund von Proporzregeln. Diesen besetzte Wickremesinghe allen Konventionen zum Trotz selbst.

Wickremesinghe gilt als Verbündeter der Rajapaksas. Er verdankt seine Präsidentschaft Abgeordneten, die dieser Familie nahestehen – ihre Partei hatte 2020 eine Zweidrittelmehrheit errungen. Viele glauben, der neue Staatschef werde den Clan schützen, dessen Mitgliedern möglicherweise strafrechtliche Verfolgung droht, wegen Betrugs und Korruption sowie angeblicher Morde und Kriegsverbrechen. Mahinda und

Gotabaya spielten eine wichtige Rolle, als der jahrzehntelange Bürgerkrieg in Sri Lanka blutig endete.

Unter Gotabaya wurde die Verfassung geändert, der Präsident erhielt umfangreiche Macht. Als Führungspersonlichkeit agierte er aber schwach. Erst versprach er kostenlosen chemischen Dünger für die Landwirtschaft. Angesichts schwindender Devisenreserven ordnete er dann aber quasi über Nacht an, auf ökologischen Landbau umzustellen. Seine Steuersenkungen begünstigten die Reichen und belasteten die Staatskasse. Da seine Regierung bereits enorme Auslandsschulden hatte, waren neue Kredite immer schwieriger zu bekommen. Anleihen wurden auf Ramschstatus herabgestuft. Schließlich konnten selbst Beamte nicht mehr bezahlt werden, und die Zentralbank begann, Geld zu drucken.

Die Schulden stammen zu einem großen Teil aus Prestigeprojekten, begonnen unter Mahindas Präsidentschaft. So gewährten chinesische Institutionen großzügige Kredite für den Bau eines großen Hafens, eines Flughafens, eines Cricketstadions und anderer prestigeträchtiger Einrichtungen. Keines der Projekte generiert auch nur annähernd genügend Einnahmen, um die Kredite zu bedienen.

Die Oppositionsparteien waren nicht bereit, einer Regierung unter Gotabaya oder Wickremesinghe beizutreten. Auf Großdemos wurde der Rücktritt von beiden gefordert und auch, dass dem Präsidenten die Exekutivbefugnisse entzogen werden. Die Amtssitze von Präsident und Premier wurden gestürmt.

Als der Lebensstandard sank, schloss sich die Mittelschicht der protestierenden Jugend an, auch zivilgesellschaftliche Gruppen und Geistliche aller Konfessionen unterstützten die Proteste. Zumindest implizit taten dies auch die politischen Oppositionsparteien.

Wickremesinghe hat nun das Amt, das er immer wollte, aber er ist ein Präsident ohne Volksmandat. Er soll international gut vernetzt sein und gar eine Vision für das Land haben, aber die Wählerinnen und Wähler würdigen das bislang nicht. Ob er Erfolg haben wird, ist ungewiss. Gut stehen seine Chancen nicht.

ARJUNA RANAWANA

ist ein sri-lankischer Journalist.
arjuna.ranawana@outlook.com



Demonstrierende wollten weder Gotabaya Rajapaksa noch Ranil Wickremesinghe im Amt – Graffiti in Colombo Mitte Juli.

Leserbriefe



DEMOKRATIEFÖRDERUNG

Hans Dembowski: „Oligarchenpopulismus“ (E+Z Digitale Monatsausgabe 2022/05, S. 19)
 Erfreulicherweise haben Sie Ihre Sicht der Dinge erläutert. Besonders wichtig finde ich

folgenden Satz: „Wenn westliche Regierungen Demokratie fördern wollen, müssen sie auch Gefahren zu Hause entgegentreten.“ Der ganze Leitartikel ist sehr gut und hat mir geholfen, einige der komplexeren Herausforderungen der modernen Welt zu verstehen – etwa Krieg und Frieden, die Macht der Reichen und dergleichen mehr.
D. K. Oza, Chennai, Indien

AFRIKA IST KEIN HOMOGENER KONTINENT

Hans Dembowski: „Welche Lehrkräfte Afrika braucht“ (E+Z Digitale Monatsausgabe 2021/12, S. 8)
 Grundsätzlich stimme ich Ihrer Analyse zu. Es ist richtig, dass in der Anfangsklasse



möglichst in der Muttersprache der Kinder unterrichtet werden sollte. Allerdings überfordert moderne Pädagogik die Lehrkräfte und wahrscheinlich auch deren Ausbilder und Ausbilderinnen. Außerdem sind Schul- und Hochschulalltag in den

Staaten Afrikas zu unterschiedlich, um in einem Ansatz behandelt zu werden. Ich baue mit meiner Organisation Schulen in Benin, Ghana und Kenia. Bereits in diesen drei Staaten sind die Unterschiede in der Grundausstattung der Schulen und in der Lehrkräfteausbildung so unterschiedlich, dass sie nicht mehr vergleichbar sind. In Benin, das ich sehr gut kenne, sehe ich dazu noch große Unterschiede zwischen den Regionen. Daher bin ich immer skeptisch, wenn von Afrika gesprochen wird, als sei es ein homogenes Land.
Heike Kunter, Bürgerkomitee für Entwicklungszusammenarbeit, Steinhagen www.buergerkomitee-steihagen.de



SCHWERPUNKT

Global Governance

„Es ist mehr nötig, als die globale Finanzarchitektur zu justieren.“
JOSÉ SIABA SERRATE, S. 17

„Effektiver Umweltschutz sollte von unten nach oben geschehen.“
DAVID MFITUMUKIZA, S. 19

„Die Doha-Entwicklungsrunde erwies sich weitgehend als Sackgasse.“
**ALPHONCE SHIUNDU UND
HANS DEMBOWSKI, S. 21**

„Die große Sorge ist, Westafrika könnte zu einer Brutstätte des internationalen Terrorismus werden.“
LORI-ANNE THÉROUX-BÉNONI, S. 23

„Intransparente Finanzverhältnisse ermöglichen Korruption und Geldwäsche.“
CHIMEZIE ANAJAMA, S. 25

„Viele Regierungen sehen die BRICS offenbar als potenzielles Gegengewicht zur G7.“
PRAVEEN JHA, S. 26

„Echte Zusammenarbeit‘ auf ‚gleicher Augenhöhe‘ praktizieren.“
SABINE BALK, S. 28

„Ob die WHO künftig aus normativen Zielen Realität machen kann, wird sich zeigen.“
**ANTON SUNDBERG
UND ANDREAS WULF, S. 30**

„Es ist zu erwarten, dass Chinas Aufstieg noch einige Jahre andauern wird.“
**BERTHOLD M. KUHN UND
DIMITRIOS L. MARGELLOS, S. 32**



**SPRING
MEETINGS**
2022 | WASHINGTON DC
INTERNATIONAL MONETARY FUND
WORLD BANK GROUP

Konferenzdekoration
am IWF-Gebäude.





„Problematisch war auch die unfaire Verteilung von medizinisch wichtigen Ressourcen“:
südafrikanisches Krankenhaus im Januar 2021.

WELTWIRTSCHAFT

Konvergenz der Notlagen

Die Weltwirtschaft ist schwer erschüttert worden, wobei der Ukrainekrieg Probleme verschärft, die schon im Zug der Coronapandemie auftraten. Und selbst davor waren die Staatsschulden vielerorts bedrohlich gewachsen. Die Klimakrise eskaliert unterdessen. Um gegenzusteuern, müssen die internationale Finanzarchitektur und politische Beziehungen neu justiert werden.

Von José Siaba Serrate

In den vergangenen Jahrzehnten schien Globalisierung im Sinne zunehmender Integration der Weltwirtschaft wie eine Naturgewalt. Das ist vorbei. Der Ukrainekrieg läutet möglicherweise das Ende der Globalisierung ein. Selbst Christine Lagarde, die Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB) und ehemalige Spitzenmanagerin des Internationalen Währungsfonds (IWF), hat Zweifel an der Zukunft der integrierten Wirtschaft geäußert. 2020 prophezeite die prominente Volkswirtin Carmen Reinhart, Covid-19 werde sich als Sargnagel des Globalisierungszeitalters erweisen. Den vielen Pessimisten geben schwere Störungen in-

ternationaler Lieferketten recht. Tatsächlich konzentrieren sich Politiker wieder auf nationale und regionale Chancen.

Die Pandemie hat das Interesse an heimischer Beschaffung wesentlicher Güter verstärkt. Der Trend kann zu weltweiter Deglobalisierung und geringerem Wachstumspotenzial führen. Obendrein hat der Ukrainekrieg Misstrauen ausgelöst, was westliche Staaten mit neuartigen Sanktionen gegen Russland verstärkt haben. Ihre Zentralbanken froren russische Vermögenswerte ein, und einige russische Banken wurden vom Transaktionssystem SWIFT ausgeschlossen. Das war so etwas wie eine ökonomische Kriegserklärung. Unabhängig davon, wie sie zu Russland stehen, treibt Regierungen von Schwellenländern nun die Sorge um, sie könnten selbst eines Tages von ähnlich koordinierten Schritten betroffen sein.

Die Weltlage ist beunruhigend. Nach dem Ende des Kalten Krieges schuf der schnell wachsende Welthandel in Verbindung mit deregulierten Finanzsystemen starke internationale Verbindungen. Dieses System steht nun vor dem Kollaps. Weltweit ist die Finanzstabilität bedroht, und eine

globale Rezession ist wahrscheinlich. Lange Zeit schritt die Globalisierung kontinuierlich voran – angetrieben von marktorientierter Politik, schnellem technischen Wandel und günstigen geopolitischen Trends. 2008 brachte aber die Pleite der Investmentbank Lehman Brothers in New York die Weltwirtschaft zum Stillstand. Die folgende Finanzkrise weckte Zweifel an dem Versprechen ständig expandierenden Handels und wachsenden Wohlstands.

Die Spitzenpolitiker der 20 größten Volkswirtschaften (G20) stimmten seinerzeit Konjunkturprogramme miteinander ab, um eine globale Depression zu verhindern. Schwellenländer waren von der Krise weniger stark betroffen und taugten zu Lokomotiven des Aufschwung. Westliche Spitzenpolitiker erkannten ihre Bedeutung an. Allerdings blieb die wirtschaftliche Erholung in Ländern mit hohem Einkommen lange schwach, wozu auch die Euro-Krise beitrug.

Heute lässt sich sagen, dass die G20 2008/09 eine Weltdepression verhinderte, die Mitgliedsländer ihre Politik aber bald wieder an nationalen Interessen ausrichteten. Vor allem wurde der Wettbewerb zwischen den USA und China destruktiver. Heute wirkt das G20-Format verbraucht. Die Auseinandersetzung darüber, ob Russland noch mitmachen soll, macht das besonders deutlich. Dabei ist weltweite Abstimmung heute vermutlich wichtiger denn je.

ZURÜCK NACH BRETTON WOODS

Mit Blick auf Covid-19 und Klima sprach Kristalina Georgieva, die neue Spitzenfrau des IWF, 2020 von einem neuen „Bretton-Woods-Moment“. Sie spielte auf den Ort in Nordamerika an, wo eine internationale Konferenz am Ende des Zweiten Weltkriegs die Gründung von IWF und Weltbank beschloss. Es ging darum, künftig katastrophale Weltdepressionen wie die der 1920/30er Jahre unmöglich zu machen. Zu diesem Zweck sollten die beiden neuen Weltinstitutionen mit Einlagen der Mitgliedsländer in Krise geratene Volkswirtschaften so unterstützen, dass die Probleme nicht auf andere übergriffen.

2020 stellte Covid-19 aus Sicht von Georgieva die weltweite Verbundenheit und Verflechtung infrage. Die Pandemie griff schnell um sich. Grenzen wurden geschlossen. Die Regierungen der Länder mit hohen

Einkommen starteten riesige Konjunkturprogramme mit Ausgaben für Gesundheit, soziale Sicherung und Wirtschaftsförderung. Die IWF-Managerin forderte, Klimaprobleme ähnlich entschlossen anzugehen, und wies darauf hin, dass auch Staaten mit schwacher Finanzkraft handeln müssten. Ihre Botschaft war: Staatsausgaben müssen steigen, nicht sinken.

Zentral waren ihr zufolge Gesundheits- und Sozialpolitik, nachhaltige Infrastruktur und breit angelegte Bildung. All das war ihr offensichtlich wichtiger als Sorgen über wachsende Staatsschulden. Der Paradigmenwechsel des IWF von Sparpolitik hinzu mehr Staatsinterventionen war seit der Finanzkrise kontinuierlich vollzogen worden.

Weltbankpräsident David Malpass sah die Dinge ähnlich. Als vordringlich für eine stabile Erholung bezeichnete er 2020 Maßnahmen gegen Armut, Ungleichheit und Klimawandel sowie für Humankapital, Schuldenerlasse und wirtschaftliche Anpassungsfähigkeit.

Theoretisch ist global koordinierte Politik für diese Ziele möglich. Ob das auch in der Praxis stimmt, ist fraglich. Wichtige Aspekte der internationalen Finanzarchitektur erfordern Neujustierung. Dabei geht es etwa um Bedingungen für Schuldenerlass, faire Klimafinanzierung oder wirksame Entwicklungshilfe (ODA – official development assistance).

Im Rückblick war der globale Corona-Abschwung erstaunlich mild. Die Börsen brachen zeitweilig ein, und auch der Ölpreis sank kurzfristig unter null. Es ging aber bald wieder bergauf. Das lag größtenteils daran, dass die Konjunkturprogramme vieler Staaten sich gegenseitig verstärkten. Sie gingen gleichzeitig dieselben Probleme mit ähnlichen Mitteln an und wirkten folglich wie eine globale Stimulierungspolitik. Sie erwies sich sogar als exzessiv, als beim Auslaufen der Lockdowns Inflation einsetzte.

Der Mangel an internationaler Zusammenarbeit schlug sich auch anderweitig negativ nieder. Regierungen mit kleinem Finanzspielraum konnten ihre Volkswirtschaften nicht stimulieren, woran die zeitweilige Aussetzung des Schuldendienstes durch die G20 wenig änderte. Problematisch war auch die unfaire Verteilung von medizinisch wichtigen Ressourcen. Das galt dann später auch für Impfstoffe, als diese verfügbar wurden. Länder mit niedrigen

und mittleren Einkommen wurden zurückgelassen.

International ist die Ungleichheit gewachsen, und wichtige Lieferketten bleiben unterbrochen. Das Weltsystem bleibt also im Krisenmodus. Der Ukrainekrieg schafft zusätzliche Probleme. Verbunden mit hoher Inflation, turbulenten Börsen und fortdauernden Coronafolgen ist das explosiver, und die Brandgefahr wächst durch die zunehmend dramatischen Folgen der globalen Erhitzung. Georgieva spricht mittlerweile von „möglicher Konvergenz der Notlagen“ und sieht die Weltwirtschaft auf die „härteste Probe seit dem Zweiten Weltkrieg“ gestellt.

Globale Probleme erfordern globale Lösungen. Dass nationalstaatliche Systeme und Wertvorstellungen erheblich variieren, darf Spitzenpolitiker nicht vom globalen Gemeinwohl ablenken. Multilaterale Institutionen sind wichtig, aber sie sind nur so stark, wie ihre Mitgliedsländer sie machen.

UNVERZICHTBARE SUPERMÄCHTE

Zentrale Bedeutung hat die Wiederbelebung eines konstruktiven Dialogs zwischen USA und China. Zusammen können die beiden Supermächte eine Führungsrolle einnehmen. Erwachsener Austausch zwischen ihnen mag im Moment unwahrscheinlich erscheinen, ist aber möglich. Beide Seiten wissen, dass ihre Länder erheblich vom Weltmarkt profitiert haben und bei Desintegration viel zu verlieren hätten.

Vielleicht erweist es sich auch als nützlich, dass chinesische Kredite mittlerweile zur Überschuldung von Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika beitragen. Der aktuellen Staatspleite Sri Lankas können weitere folgen, und solche Problem lassen sich nicht mehr pauschal dem Westen vorwerfen. Vielversprechend ist zudem, dass China bislang westliche Sanktionen gegen Russland zwar nicht unterstützt, aber auch nicht verurteilt hat. Es dürfte also Spielraum geben für Zusammenarbeit bei Themen, die alle betreffen. Besonders wichtig ist es, Hungersnöte zu verhindern. Unsicherheit und Fragmentierung belasten insbesondere Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen.

Das System politischer Beziehungen muss korrigiert werden. Im Zweifel müssen Allianzen gemeinsame Anliegen verfolgen, selbst wenn nicht alle großen Mächte mitmachen. Der Klimawandel ist ein dringendes Problem, das keine Grenzen akzeptiert. Die Menschheit braucht klare gemeinsame Regeln für Sicherheit, Handel, Investitionen, Technologietransfer und saubere Energie.



JOSÉ SIABA SERRATE
ist Wirtschaftswissenschaftler an der Universität von Buenos Aires sowie der dortigen Privatuniversität UCEMA. Er ist zudem Mitglied des Argentinischen Rats für Internationale Beziehungen (CARI).
josesiaba@hotmail.com



„Der aktuellen Staatspleite Sri Lankas können weitere Folgen“: Protestierender Mönch in Colombo.



UNEP-Chefin Inger Andersen spricht am Sitz ihrer Organisation in Nairobi, Kenia.

UN-UMWELTPROGRAMM

„Die UN müssen auf globale Veränderungen reagieren“

Die UN-Unterorganisationen seien schlecht koordiniert und setzten Ressourcen nicht effizient ein, sagt der ugandische Umweltextperte David Mfitumukiza. Seine Hoffnung liegt in einer Graswurzelbewegung, die von den Menschen vor Ort ausgeht.

David Mfitumukiza im Interview mit Hans Dembowski und Jörg Döbereiner

Das UNEP (UN Environment Programme – Umweltprogramm der Vereinten Nationen) feiert in diesem Jahr seinen 50. Geburtstag. Die Umweltbehörde sitzt in der kenianischen Hauptstadt Nairobi. Spielt das für die Region eine besondere Rolle?

Eine Organisation wie UNEP in der Nachbarschaft zu haben, kann durchaus ein Gefühl der Zugehörigkeit und Nähe schaffen. Und es mag dabei helfen, direkter in einen Austausch zu kommen, um bei der globalen Umweltagenda mitzureden. Betrachtet man die globale Rolle von UNEP, ist der Ort des Hauptsitzes aber eher zweitrangig.

Dennoch gab es durchaus konkrete Projekte: Im vergangenen Jahr hat sich das UNEP mit einigen Unternehmen zusammengetan, um in Nairobi Messwerte von Luftschadstoffen in Echtzeit auf digitale Plakatwände zu

werfen. Die Aktion soll Menschen für Luftverschmutzung sensibilisieren.

Ich habe davon gehört, auch von ähnlichen Projekten. Prinzipiell sind das gute Aktionen. Aber sie gehören nicht zur Kernaufgabe des UNEP als Institution. Es sollte sich besser um wichtigere, strategischere Dinge kümmern.

Woran denken Sie?

Das UNEP sollte die globale Agenda zum Umwelt- und Klimaschutz neu ausrichten. Es sollte sich dafür einsetzen, dass weltweit mehr für die Umwelt getan wird. Allerdings nicht mit Einzelprojekten, sondern indem es auf übergeordneter Ebene koordiniert und organisiert. Die Welt verändert sich, viele Umweltprobleme haben sich verschlimmert. Da kann es kein business as usual mehr geben. Das System der UN ist aber das gleiche geblieben. Die UN müssen auf globale Veränderungen reagieren.

Wie müssten sich die UN verändern?

Effektiver Umweltschutz sollte von unten nach oben geschehen, wie ich das auch schon in unserem vorherigen Gespräch gesagt habe (auf www.dandc.eu). Wir müssen ausgehen von dem, was auf lokaler und nationaler Ebene nötig ist, um Umweltproble-

me zu lösen. Auf UN-Ebene sollten dafür die Voraussetzungen geschaffen werden. Die am wenigsten entwickelten Länder haben beispielsweise die Klimakrise nicht ausgelöst, aber sie leiden besonders darunter. Sie brauchen schnellen und wirkungsvollen Zugang zu Geld. Derzeit gibt es zu viele Institutionen und zu viele Hierarchieebenen. Wir brauchen deshalb nicht viele spezialisierte Umweltprogramme, sondern insgesamt weniger Institutionen, die dafür besser koordiniert sind. Wir brauchen eine starke Institution, nicht eine Bandbreite von Institutionen. Derzeit gibt es UNEP für die Umwelt, das Sekretariat der Klimarahmenkonvention (UNFCCC – UN Framework Convention on Climate Change) und das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP – UN Nations Development Programme) für globale Entwicklung, um nur drei UN-Einrichtungen zu nennen. Die Weltbank, die Afrikanische Entwicklungsbank und andere multilaterale Institutionen kommen dann noch hinzu.

Halten Sie manche UN-Unterorganisationen für überflüssig?

Aus meiner Arbeit in Uganda weiß ich, dass es vor Ort oft nicht einfach ist, die Arbeit des UNEP zu unterscheiden von der des UNDP. Ohnehin sollten sich diese Institutionen aber auf ihre koordinierende Funktion konzentrieren. Eine große Chance bieten die 17 SDGs (Sustainable Development Goals – UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung). Würden sich alle UN-Organisationen konsequent an ihnen ausrichten, wäre ihr Handeln vermutlich kohärenter. Die SDGs lassen sich ja auch nicht getrennt voneinander betrachten, sie sind miteinander verbunden. Aufgabe von Institutionen wie UNEP oder UNDP in die-

sem Sinne ist es, Regierungshandeln entsprechend zu koordinieren – und zwar ohne Dopplungen. Die UN müssen sich also selbst besser koordinieren, um wiederum die globale Agenda besser koordinieren zu können.

Wo genau sehen Sie Defizite?

Beispielsweise in der Finanzierung. Laut dem Londoner International Institute for Environment and Development haben von 2003 bis 2016 nur etwa 10 Prozent der internationalen Klimafinanzierung die lokale Ebene erreicht. Nur 10 Prozent! Vom Rest fließt zu viel in zwischengeschaltete Organisationen, Beratungsfirmen und in die Fixkosten der Institutionen. Viel Geld bleibt wegen allerlei unnötiger Ebenen auf der Strecke. Das sollte aber dort landen, wo es am nötigsten gebraucht wird und am meisten bringt.

Derzeit gibt es weltweit zahlreiche Entwicklungsbanken und Fonds, die Mittel für Entwicklungsprojekte bereitstellen.

Richtig. Es gibt den Adaptation Fund, den Green Climate Fund und viele weitere. Sie haben verschiedene Bewerbungsverfahren, verschiedene Mechanismen für die Auszahlung der Gelder, verschiedene Modelle zur Berichterstattung. Das kostet alle Beteiligten enorm viel Zeit und Ressourcen. Wer bei einem dieser Fonds Gelder beantragen möchte, benötigt Fachleute, die dabei helfen. Die ugandische Regierung hat beispielsweise allein fünf Jahre gebraucht, um für den Green Climate Fund akkreditiert zu werden. Bis sie Zugang zu Finanzmitteln hatte, vergingen zwei weitere Jahre. Ein solch umfangreicher Prozess wäre in Ordnung, wenn alles Folgende auch kohärent und koordiniert wäre. Ist es aber nicht. Es ändert sich ständig. Hat man Erfahrungen mit einer Institution gesammelt, muss man für die nächste wieder von vorn anfangen. Das geht nicht nur Uganda so, sondern auch anderen Ländern.

Inwiefern wirkt sich das auf die Projekte vor Ort aus?

Da verschiedene Geldgeber verschiedene Projekte fördern, ist die Finanzierung einzelner Projekte oft zu kurzatmig. Wenn in Dorf A ein Umweltprojekt zur Anpassung an Klimafolgen gestartet wird, finanziert auf ein Jahr, dann ist das in der Regel zu kurz. Sobald es endet, lässt man die Menschen im Stich – mit negativen Folgen für das ganze

Ökosystem. Hinzu kommt, dass wichtige Lerneffekte ausbleiben. Ein paar Kilometer weiter fördert womöglich ein anderer Geldgeber ein ähnliches Projekt in Dorf B. Die Erkenntnisse aus Dorf A – was hat gut funktioniert, was schlecht – kommen dort aber nicht an. Fehler wiederholen sich. Erfolgreiche Projekte werden kaum skaliert, sondern es gibt ein Pilotprojekt nach dem anderen. Das ist sehr ineffizient. Die mangelnde Koordination auf der höheren Ebene manifestiert sich also auch auf unteren Ebenen.

Auch die Empfängerländer sprechen nicht immer mit einer Stimme. Sollten sich beispielsweise afrikanische Staaten stärker koordinieren?

Absolut. Ich finde insgesamt, Entwicklungsländer müssten mehr tun, um den Status quo in Frage zu stellen. Einige afrikanische Regierungen tendieren allerdings dazu, eine bessere Koordinierung zu verhindern und bewusst eine gewisse Ambiguität zu erzeugen – weil sich die Interessen einiger Mächtiger so besser durchsetzen lassen. Einem korrupten System kommt es beispielsweise zugute, wenn es verschiedene Finanzierungsquellen gibt, die sich auf unterschiedlichen Wegen anzapfen lassen. Afrikanische Länder müssen sich nicht nur in puncto Koordination verbessern, sondern auch in puncto guter Regierungsführung.

Das Afrika-Büro der UNEP beherbergt ein Forum, das afrikanische Stimmen im Umweltschutz zusammenbringen soll: AMCEN (African Ministerial Conference on the Environment). Wird es seiner Rolle gerecht?

Es gibt diverse Gremien, um die Umweltpolitik afrikanischer Staaten zu koordinieren, auch auf ministerialer Ebene wie das AMCEN. Ein weiteres Beispiel ist die Nile Basin Initiative, ebenfalls ein zwischenstaatliches Forum, das Dinge wie Wassermanagement und Energieinfrastruktur verhandelt. In diesen Gremien ist es durchaus möglich, politische Entscheidungen zu verhandeln und Konflikte beizulegen. Die Hauptprobleme sind, wie oben skizziert, die praktische Umsetzung und konsistentes Handeln.

Die Diskussion über die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe (Aid effectiveness) wird auf globaler Ebene seit Jahrzehnten geführt. Hat die Weltgemeinschaft die Forderungen der Paris Declaration on Aid Effectiveness von 2005 nicht beherzigt? Sie betonte unter



Die Leute wissen, was sie brauchen.

anderem nationale Ownership, Geberharmonisierung und wechselseitige Verantwortung.

Ich erwarte keine Veränderung des Systems von oben nach unten. Wenn überhaupt, muss das von unten nach oben geschehen. Und hier tut sich etwas. Wenn Vertreterinnen und Vertreter von Graswurzelinitiativen oder lokalen Regierungsbehörden eingeladen sind zu einem Meeting von UNEP oder anderen global agierenden Organisationen, fragen sie immer häufiger: „Geht es hier um Meetings, um Politik – oder um konkrete Maßnahmen?“ Sie haben genug von Reden und schön klingenden Vereinbarungen. Sie möchten wissen, was genau vor Ort geschehen soll – und inwiefern sich dies am Bedarf vor Ort orientiert. Solche „lokal angeführten Revolutionen“ machen mir Hoffnung. Letztlich muss sich die Hilfe an den Bedürfnissen der Menschen orientieren, nicht umgekehrt.



DAVID MFITUMUKIZA ist Senior Lecturer an der Fakultät für Geographie, Geoinformatik und Klimaforschung der

Makerere-Universität in Ugandas Hauptstadt Kampala.

dmfitumukiza@gmail.com



Auch nach aktuellen Verhandlungserfolgen wirkt die WTO noch wackelig: Generaldirektorin Ngozi Okonjo-Iweala im Juni in Genf.

INTERNATIONALER HANDEL

Enttäuschende Doha-Entwicklungsrunde

Die Welthandelsorganisation (WTO – World Trade Organization) sollte als Motor der Globalisierung dienen. Heute wirkt sie kränzlich. Die großen Hoffnungen, die ihr Gipfel in Katars Hauptstadt Doha 2001 weckte, gingen nicht in Erfüllung.

Von Alphonse Shiundu und Hans Dembowski

Als die WTO 1995 entstand, wurde „Globalisierung“ zu einem in Afrika weitverbreiteten Schlagwort. Es stand für eine neue Ära der Liberalisierung nach dem Kalten Krieg. Fortan sollten für alle auf dem Weltmarkt dieselben Regeln gelten, und Freihandel würde Wachstum schaffen.

Zuvor hatten im internationalen Handel die Regeln des General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) gegolten. Es war ursprünglich von einem Club von westlichen Ländern mit hohem Einkommen geschlossen worden und entsprach deren Interessen. Die WTO sollte in der Nachfolge dagegen global sein, und mit 160 souveränen Mitgliedsländern ist sie das heute auch.

Das große Globalisierungsversprechen war Wohlstand für alle, und tatsächlich gab es echte Fortschritte für Entwicklungsländer. Die Handelsschranken, welche die Textilindustrie hochentwickelter Volkswirtschaften geschützt hatten, wurden beispielsweise abgeschafft. Die entsprechenden GATT-Bestimmungen wurden 1994 aufgeweicht und 2005 ganz gestrichen.

Neue Regeln über Agrarsubventionen begrenzten zudem den Schaden, den destruktive Praktiken Europas, Nordamerikas und Japans weltweit anrichten. Früher konnten Regierungen in Ländern mit hohem Einkommen hemmungslos mit Fördermitteln Anreize zu exzessiver landwirtschaftlicher Produktion geben und die Überschüsse dann mit weiteren staatlichen Zuschüssen auf dem Weltmarkt verramschen. Derartige „Dumping“ machte der Agrarkonkurrenz in Afrika, Asien und Lateinamerika das Leben schwer. Graduelle Verbesserungen begannen noch in der GATT-Zeit und setzten sich im WTO-Kontext fort. Das war für Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen zweifellos attraktiv.

1995 schien es, die WTO werde den Weltmarkt weiter liberalisieren, wobei Reformen im Konsens aller Mitgliedsländer beschlossen werden würden. Tatsächlich sind in der WTO alle Mitglieder formal gleichrangig, und Entscheidungen erfordern Einstimmigkeit. Im Gegensatz zu typischen UN-Institutionen ist die WTO zugleich auch die Hüterin ihrer Regeln. Ihr Streitschlichtungsverfahren ermöglicht Schiedsgerichten, klagenden Regierungen Strafzölle gegen Partner zu erlauben, wenn diese nicht WTO-konform agieren.

Es kam aber nicht so wie erwartet. 1999 endete der WTO-Gipfel in Seattle im Streit. Delegationen aus Entwicklungsländern empörten sich darüber, dass ihre Gegenüber aus den USA und der EU sie beim Versuch, Agrarfragen zu klären, nicht beteiligten. Straßenkrawalle machten zudem deutlich, das selbst in den USA, die sich immer für liberalen Handel eingesetzt hatten, die Strategie immer weiterer Deregulierung umstritten war.

Der nächste Gipfel fand 2001 in Qatar statt. Er scheiterte nicht auf ähnlich spektakuläre Weise, sondern erzielte wieder ein paar Fortschritte in Hinsicht auf landwirtschaftliche Subventionen. Wichtiger noch: Er lancierte die Doha-Entwicklungsrunde. Diese Verhandlungsrunde sollte im Lauf einiger Jahre und mehrerer Gipfel mit Regelanänderungen die Chancen der Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt verbessern.

SACKGASSE

Auf Hoffnung folgte jedoch abermals Enttäuschung. Vor Doha hatten die Politiker aus Ländern mit hohem Einkommen immer wieder betont, wie nötig ein einheitliches und kohärentes Handelsregime für die ganze Welt sei. Nach Doha starteten aber sowohl die USA als auch EU bilaterale Verhandlungsinitiativen.

Es war ihnen nämlich nicht gelungen, Wettbewerb, Investitionen, staatliche Beschaffung und Handelserleichterungen zu Gegenständen der Verhandlungsrunde zu machen. Im WTO-Jargon heißen sie Singapurthemen. Entwicklungs- und Schwellenländer lehnten Verhandlungen darüber ab, weil sie fürchteten, neue Regeln in diesen Bereichen würden ihre Chancen verschlechtern, nicht verbessern.

Vor 2001 lautete die Devise, eine Spaghettischüssel mit vielen konkurrierenden,

sich überschneidenden Regeln sei unbedingt zu verhindern. Später hielten sich Washington und Brüssel nicht mehr daran, sondern konzentrierten sich auf bilaterale Gespräche, in denen die Singapurthemen auf die Tagesordnung kamen.

Entsprechend erwies sich die Doha-Entwicklungsrunde weitgehend als Sackgasse. Allerdings gab es 2013 immerhin ein Abkommen über Handelserleichterungen, das beispielsweise Zollabfertigungsverfahren vereinheitlichte.

Eine andere wichtige Doha-Entscheidung wurde ebenfalls nicht befriedigend umgesetzt. Der Gipfel beschloss, Länder dürften Zwangslizenzen für die Produktion patentgeschützter Pharmaka erteilen, wenn das gesundheitspolitisch erforderlich sei. Seinerzeit brauchten einige große Schwellenländer wegen HIV/Aids dringend innovative antiretrovirale Arzneien. Es wurden jedoch im WTO-Kontext nie entsprechende Verfahren definiert, aber unter dem Druck des möglichen Patentverlusts stellten multinationale Pharmakonzerne die benötigten Pharmaka zu günstigeren Preisen zur Verfügung. Die Debatte über intellektuelles Eigentum entbrannte dann 20 Jahre später wieder – und zwar mit Blick auf Corona-Impfstoffe.

Zwar erwies die WTO sich nicht als Globalisierungsmotor, sie war aber dennoch nicht zahnlos. Ihre Schiedsgerichte verliehen ihren Regeln Biss. Das änderte sich unter US-Präsident Donald Trump. Seine Regierung verhängte nicht nur eigenmächtig Strafzölle, sondern lähmte auch das Streit-schlichtungssystem, indem sie die Neube-

rufung von Schiedsrichtern und Schieds-richterinnen blockierte.

Die klare Botschaft aus Washington war, dass jedes WTO-Mitglied sich über multilaterale Bestimmungen hinwegsetzen kann, wenn es denn stark genug ist. Die Rivalität mit China trieb Trump besonders um, allerdings waren auch andere Streit-schlichtungsverfahren aus US-Sicht unbefriedigend ausgegangen.

Für Afrika ist die tendenzielle Erosion der WTO beunruhigend. In gewissem Maß hilft es, regionale Wirtschaftsgemeinschaften zu bilden. Nach langen zähen Verhandlungen sind auch deren bilaterale Wirtschaftspartnerschaften mit der EU besser ausgefallen, als ursprünglich befürchtet worden war. Weil globale Angelegenheiten aber global geregelt werden müssen, ist die multilaterale WTO letztlich unverzichtbar.

Sie ist nicht kollabiert, und ihr Handelsregime besteht weiter. Beide kränkeln aber – und zwar zu einer Zeit, in der das internationale System mehrere Schocks verkraften muss. Covid-19 hat wichtige Lieferketten zerrissen. Die Klimakrise eskaliert. Viele Länder haben wieder bedrohlich hohe Staatsschulden, und die Inflation greift um sich. Der Angriff Russlands auf die Ukraine erschwert die Lage zusätzlich.

KLEINE ERFOLGE

In diesem schwierigen Umfeld gab es dieses Jahr beim Gipfel in Genf einige geringfügige Ergebnisse:

- Subventionen für illegalen Fischfang wurden verboten. Das mag absurd klingen,

ist aber stimmig, weil Staaten mit der nötigen Finanzkraft sich bislang meist nicht darum scherten, wo in weit entfernten Gewässern die Beute ins Netz ging. Ebenfalls entfallen sollen zudem Subventionen für die Hochseefischerei. Auch das ist ein sinnvoller, aber nicht ausreichender Schritt, um maritime Ressourcen zu schützen.

- Beschlossen wurde zudem, dass Ausfuhrbeschränkungen für Nahrungsmittel nicht die Beschaffung des World Food Programme betreffen sollen, was die Notversorgung von Gegenden erleichtert, in denen Hungersnot droht.

- Patente für Coronaimpfstoffe wurden befristet ausgesetzt. Zivilgesellschaftliche Organisationen beanstanden aber, dass anderes medizinisch wichtiges geistiges Eigentum wirksam bleibt, sodass die Patentfreigabe in der Praxis wenig bedeute (siehe Anton Sundberg und Andreas Wulf auf S. 30 dieser Ausgabe).

- Konsens besteht, dass die Meinungsunterschiede über das Streitschlichtungsverfahren innerhalb von zwei Jahren beigelegt und auf dieser Basis neue Leute berufen werden sollen.

Das ist besser als nichts. Diese Entscheidungen sind aber für eine vollständige Erholung der kränkenden multilateralen Organisation zu wenig. Wie Bernd Luder-mann in der Zeitschrift Welt-sichten kommentiert hat, zeigen die Gipfelergebnisse, dass viele WTO-Mitglieder den Tod dieser Institution mehr fürchten als ihr weiteres Dahinsiechen.

Bei dem Doha-Gipfel 2001 standen Diplomatinen und Diplomaten unter dem Eindruck des Afghanistankriegs. Diesmal kann der Ukrainekrieg ähnlich gewirkt haben. Es gibt zwar keinen Konsens für entschlossene Reformen, aber offenbar will auch niemand zum jetzigen Zeitpunkt die Weltordnung zusätzlich destabilisieren.



ALPHONCE SHIUNDU
lebt als Journalist und
Faktenchecker in Nairobi.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z
Entwicklung und Zusammen-
arbeit/D+C Development and
Cooperation.

euz.editor@dandc.eu



Regeln für Fischfang-Subventionen wurden verschärft.



Wenn ein Familienmitglied sich den Extremisten anschließt, ist die Herde sicher: Rinderhirten 2019 nahe Mopti.

SICHERHEIT

Lokale Misere, globale Wirkung

Um die politische Instabilität in Westafrika besser zu verstehen, betreibt das Institute for Security Studies (ISS Africa) empirische Forschung vor Ort. Lori-Anne Théroux-Bénoni hat E+Z/D+C einige Einsichten erläutert.

Lori-Anne Théroux-Bénoni im Interview mit Hans Dembowski

Es heißt gemeinhin, in Westafrika tobe ein Kampf zwischen gewalttätigem Islamismus und demokratischen Staaten. Stimmt das? Gängige Meinungen sind oft nicht hilfreich. Andernfalls würden wir nicht beobachten, wie die Sahelkrise vom Südrand der Sahara auf Küstenstaaten übergreift. Lassen Sie mich beide Konzepte dekonstruieren. Aktuelle Staatsstrieche haben gezeigt, dass es typischerweise nur eine demokratische Fassade gab. Nach Wahlen wurde regelmäßig ignoriert, was Wähler und Wählerinnen wollten. Es gibt keinen echten Gesellschaftsvertrag, der Rechte und Pflichten festschreibt und das Verhältnis von Staat zu Bürgern und Bürgerinnen regelte. Im ländlichen Raum ist das Missverhältnis besonders ausgeprägt.

Und was ist mit gewalttätigem Islamismus?

Wir haben vor Ort hunderte von in Extremismus involvierten Menschen interviewt. Wir haben erfahren, dass einfache Kämpfer und Anführer auf mittleren Rängen aus verschiedenen Gründen mitmachen, aber religiöse Indoktrination kaum eine Rolle spielt. Die Spitzenleute haben eine fundamentalistische Rhetorik, und vielleicht glauben sie auch daran. Glaubensdogmen motivieren aber offensichtlich nicht alle Mitglieder ihrer Organisation.

Was motiviert sie denn?

Verschiedene Dinge. Ein Schlüsselthema ist Schutz. Menschen wollen Sicherheit für sich selbst, ihre Familien, Gemeinschaften und Erwerbstätigkeit. Wenn ein Familienmitglied sich einer bestimmten extremistischen Gruppe anschließt, greift diese die Angehörigen normalerweise nicht an.

Das klingt nach einem mafiösen Schutzsystem.

Ich will darauf hinaus, dass es keinen großen Unterschied zwischen Dschihadisten und anderen bewaffneten Gruppen gibt, ob das nun Rebellen, Mafiabanden oder selbsternannte Bürgerwehren sind. Alle müssen Mitglieder rekrutieren und Material und Geld beschaffen. Die Vorstellung,

religiöser Fundamentalismus treibe die extremistische Gewalt an, ließe uns übersehen, dass die Vorgehensweise altbekannt ist. Wir sollten lieber das Szenario als Aufstand betrachten. Die Rekrutierungsmuster sind dieselben. Mobilisiert wird mit lokalen Missständen, die auf mangelhafter Regierungsführung beruhen. Tatsächlich bleiben grundlegende Bedürfnisse vielfach unbefriedigt – von Sicherheit über Infrastruktur zu ökonomischen Chancen und Rechtsstaatlichkeit. Viele Menschen fühlen sich vom Staat vernachlässigt oder im Stich gelassen.

Das Grundproblem ist also die Kluft zwischen Regierenden und Regierten? Das hat kürzlich Vladimir Antwi-Danso von der Streitkräftehochschule Ghanas ähnlich dargestellt.

Wir sehen umfassendes Staatsversagen. Mangels echter Gesellschaftsverträge funktionieren weder Politik noch Justiz noch Wirtschaft – jedenfalls nicht gut genug, um breiten Wohlstand zu ermöglichen. Stattdessen fürchten viele um ihr Leben.

Wie sehen Sie die ökonomischen Bedingungen?

Es heißt ständig, arbeitslose junge Männer schlossen sich den Extremisten an. Das ist nur ein Teil der Wahrheit. Unsere Forschung zeigt, dass Rekruten bestehende Erwerbstätigkeiten absichern wollen. In Zentralmali beispielsweise ging es einigen um Schutz für die Rinderherden der Familie – und zwar nicht nur vor Viehdieben, sondern auch vor

als unfair empfundener Besteuerung. In anderen Fällen sagten uns Gesprächspartner, sie seien Jäger, würden aber als Wilderer bezeichnet. Auch Leute, die verbotenerweise Gold schürften, suchten Schutz bei bewaffneten Extremisten.

Folgt daraus etwas für die Politik?

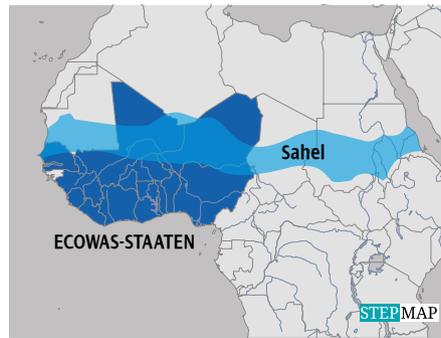
Selbstverständlich. Projekte, die Jobs schaffen sollen, reichen nicht, wenn Leute unbedroht gewohnten Erwerbstätigkeiten nachgehen wollen. Schutz muss also auf die Agenda, und es wäre auch gut, solche Möglichkeiten noch attraktiver zu machen. Zentral sind der Wunsch nach Sicherheit sowie die Staatsaufgabe, dafür unparteiisch zu sorgen. Das geht nicht nur internationale Organisationen an. Die Führungsrolle gebührt nationalen Regierungen. Allzu oft greifen Behörden aber zu spät oder auf eine als ungerecht empfundene Weise ein. Folglich nehmen Frustrationen zu.

Sind Stammes-, Sprach- und Glaubensunterschiede wichtig?

Ja, aber nicht auf grundlegende Weise. Sowohl staatliche Stellen als auch Extremisten nutzen sie manipulativ. Wir sollten uns aber davor hüten, leicht verfügbare Kategorien als Erklärung heranzuziehen. Es gibt nicht nur Konflikte zwischen, sondern auch innerhalb von Gemeinschaften – zum Beispiel um Führungsansprüche.

Welche internationalen Dimensionen gibt es? Die Funken springen von einem Land auf das nächste über.

Es wäre klug, mehr auf internationale Verknüpfungen zu achten. Wir haben zum Beispiel erfahren, dass Motorräder für Angriffe im Grenzgebiet von Mali, Burkina Faso und Niger genutzt wurden, die über Benin aus Nigeria beschafft worden waren. Diese Lieferkette ist lang. Die Extremisten brauchen auch Treibstoff, Munition und Waffen. Sie verdienen Geld mit dem Verkauf von gestohlenem Vieh oder illegal gewonnenem Gold in Küstenstaaten. Bessere staatliche Kontrollen der Handelswege könnten also helfen. Allerdings wäre darauf zu achten, dass nicht neue Frustrationen entstehen. Unser Institut fordert, politische Eingriffe sollen grundsätzlich den örtlichen Bedingungen evidenzbasiert entsprechen. Es geht darum, Feuer zu löschen, nicht anzufachen. Kluges, präventives Staatshandeln sollte Feuer von vornherein verhindern.



Wer ist verantwortlich? Die Regierungen der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS – Economic Community of West African States) oder die größere Afrikanische Union?

Die nationalen Regierungen müssen sich ihren Pflichten stellen, und sowohl ECOWAS als auch AU sind relevant. Viel zu lang wurde so getan, als hätte die Sahelzone keine Verbindung zum übrigen Westafrika oder zum ganzen Kontinent. Die Sahelländer werden größtenteils immer noch vernachlässigt, dabei reichen einige weit über die ECOWAS hinaus.

Sehen Sie auch eine Rolle für die UN?

Ja, und das geschieht auch schon. Es gibt die UN-Mission in Mali (MINUSMA) und das UN-Büro für Westafrika und den Sahel (UNOWAS). Die große Sorge ist, Westafrika könnte eine Brutstätte des internationalen Terrorismus werden. Die UN haben eine Rolle zu spielen – und auch die EU.

Aber in Mali ist der französische Militäreinsatz gescheitert.

Ja, es gab viele Fehler. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass alles von Anfang an schwierig war. 2012 und 2013 wurden verschiedene Handlungsoptionen für ECOWAS und AU diskutiert, aber Washington und London lehnten einen von Afrikanern geleiteten und finanziell von den UN unterstützten Einsatz ab. Alle waren dann überrascht, als im Januar 2013 Separatisten und gewalttätige Extremisten plötzlich bereit schienen, nach Bamako, Malis Hauptstadt, durchzumarschieren. Nach Frankreichs Serval-Intervention und Neuwahlen lautete der Kompromiss dann, eine Stabilisierungsmission der UN mit einem französischen Anti-Terror-Einsatz zu verbinden.

Das hielt aber niemand für optimal?

Nein, es war aber das, worauf sich alle einigen konnten – einschließlich Finanzierung. Die französischen Anti-Terror-Truppen sollten die Extremisten durch Ausschaltung der Führungsebene eliminieren. Die Schwäche dieses Konzepts ist, dass es an den grundlegenden Missständen, von denen die Extremisten profitieren, nichts ändert. Auf getötete Führungspersonlichkeiten folgen schnell neue. Es wurde zu wenig beachtet, wie die Extremisten rekrutieren, operieren und expandieren. Das war nicht unbedingt die Aufgabe der französischen Truppen, aber es hätte nicht vernachlässigt werden dürfen. Erschwerend kam hinzu, dass sich malische Soldaten von ihren französischen Partnern schlecht behandelt fühlten und postkoloniale Animositäten zunahmen. All das trug zur französischen Abzugsentscheidung bei.

Heißt das, weil es keine militärische Lösung geben kann, ist eine politische nötig?

Es ist geht nicht um Entweder-oder. Militärisches Handeln ist nötig, reicht aber nicht. Es muss mehr geschehen. Vor allem müssen die Bedürfnisse der Menschen beachtet werden, und dafür sind Lösungen erforderlich, die Staatsversagen respektive Politik, Justiz, Sicherheit und Wirtschaft korrigieren.

Wie bewerten Sie die russische Präsenz in Mali?

Es gibt auf allen Seiten viel Propaganda. Das Bild ist nicht klar. Fest steht aber, dass es in Mali seit 2013 große Unzufriedenheit mit Militär- und Sicherheitsarrangements gibt. Dank russischer Unterstützung hat die Armee Malis ein neues Allmachtsgefühl – nicht zuletzt, weil sie nun die seit Langem geforderte Ausrüstung hat, die sie zu Luftüberwachung und Luftschlägen befähigt. Über Menschenrechtsverletzungen hinaus besteht aber das Risiko, dass die Stärkung der Streitkräfte das Militärregime erst recht von den grundlegenden, nicht militärischen Missständen ablenkt, ohne deren Lösung Stabilität unerreichbar bleibt.



LORI-ANNE THÉROUX-BÉNONI
 leitet in Dakar das Regional Office for West Africa, the Sahel and the Lake Chad

Basin of the Institute for Security Studies (ISS Africa). Die Zentrale ist in Südafrika.
 lbenoni@issafrica.org

FINANZTRANSPARENZ

G7-Mitglieder bremsen

Das Tax Justice Network hat kürzlich den aktuellen Financial Secrecy Index (FSI) veröffentlicht. Die zivilgesellschaftliche Organisation befürwortet die Einrichtung eines globalen Anlageregisters, um illegitime Finanzflüsse zu begrenzen.

Von Chimezie Anajama

Das in Britannien ansässige Tax Justice Network (TJN) urteilt, G7-Nationen trügen dazu bei, dass russische Oligarchen ihren Reichtum verbergen könnten. In einer Zeit, in der sie Russlands Angriff auf die Ukraine mit wirksamen Sanktionen ahnen wollten, sollten sie einen strengen Blick auf sich selbst werfen, urteilt TJN-Geschäftsführer Alex Cobham. Intransparente Finanzverhältnisse ermöglichen grundsätzlich Steuerhinterziehung, Korruption, Geldwäsche und fragwürdige Transaktionen. Sie machen auch wirksame Sanktionen schwieriger.

Anhand von 20 Indikatoren bewertet das TJN, inwiefern ein Land Intransparenz ermöglicht. Zu den Kriterien gehören Gesetze über Bankgeheimnisse, die Qualität von Firmenregistern und die Bereitschaft zur internationalen Kooperation bei steuerrelevanten Informationen. Je mehr Lücken ein nationales Finanzsystem hat, desto mehr bietet dieses Land im FSI-Sprachgebrauch „Geheimnisdienstleistungen“ an.

Dank Reformen in verschiedenen Ländern und verstärkter grenzüberschreitender Zusammenarbeit wächst die Transparenz laut TJN insgesamt. Fünf G7-Mitglieder bremsen die Entwicklung aber. Wegen der USA, Britannien, Deutschland, Italien und Japan sei der internationale Fortschritt nur halb so schnell, wie er sonst wäre, urteilte Cobham im Mai. Dem aktuellen FSI zufolge sind die zwölf wichtigsten Sünder:

- USA
- Schweiz
- Singapur
- Hongkong
- Luxemburg
- Japan
- Deutschland
- Vereinigte Arabische Emirate

- Britische Jungferninseln
- Guernsey
- China
- Niederlande

Britannien folgt auf Rang 13 hinter zwei abhängigen Territorien (Jungferninseln und Guernsey). Die jeweiligen Staaten ermöglichen Intransparenz auf verschiedene Weisen, das TJN erkennt aber Muster. Wenn Firmen Transaktionen vornehmen können, ohne ihre Eigentümer zu nennen, hilft das Mafiaorganisation oder korrupten Politikern, Schwarzgeld zu waschen. Immobilienanlagen dienen oft dazu, Vermögen zu verbergen, besonders wenn anonyme Firmen involviert sind. Wo Whistleblower in Finanzinstitutionen bestraft werden, werden Finanzgeheimnisse seltener gelüftet. Lasche Strafverfolgung ist ein weiteres Problem. Deutschland wirft das TJN ausdrücklich vor, neue Transparenzregeln ohne Nachdruck umzusetzen.

Das FSI wird alle zwei Jahre erstellt. Diesmal wurden 141 Territorien untersucht. Der Index bewertet auch, wie wichtig sie jeweils für die Weltwirtschaft sind. Spitzenreiter agieren also nicht unbedingt am intransparentesten, aber ihre internationale Bedeutung wird für besonders groß gehalten.

Die Methode, nach der der FSI ermittelt wird, ist kompliziert. Das gilt selbstverständlich für alle Indizes, die mehrere As-

pekte eines Phänomens erfassen sollen. Es lässt sich immer darüber streiten, was wie stark gewertet werden soll, sodass Indizes grundsätzlich nie so objektiv sind, wie ihre klaren Zahlen erscheinen. Intransparenz ist allerdings besonders schwer zu messen, da Geheimnisse per Definition unbekannt sind. Folglich gibt es kaum unmittelbare Daten. Auch raffinierte mathematische Modelle geben nur Hinweise auf die Realität, offenbaren sie aber nicht.

Intransparenz hat jedoch große internationale Relevanz, weil sie Superreichen ermöglicht, staatlichen Regeln zu entkommen. Das TJN spricht sich für die Einrichtung eines internationalen Anlageregisters aus, das alle Menschen mit einem Privatvermögen von mehr als 10 Millionen Dollar erfassen sollte. Als vermutlich profiliertesten Politiker, der dies unterstützt, nennt das TJN Mario Draghi, den italienischen Premierminister und früheren Präsidenten der europäischen Zentralbank. Prominente Ökonomen wie Joseph Stiglitz, Thomas Piketty und Gabriel Zucman seien ebenfalls mit an Bord.

LINK

Tax Justice Network, 2022, Pressemitteilung <https://taxjustice.net/press/us-tops-financial-secrecy-ranking-as-g7-countries-upend-global-progress-on-transparency/>



CHIMEZIE ANAJAMA hat diesen Beitrag als Praktikantin bei E+Z/D+C geschrieben. vivienchime@gmail.com

Twitter: @mschimezie



Kleines Land mit großer Wirkung: Luxemburg.

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Eine kurze Geschichte der BRICS

Zunächst war BRICS nur ein von einem Investmentbanker erfundenes Kürzel. Heute steht es dafür, dass fünf Schwellenländer sich gegen G7 und USA stellen und eine eigene multilaterale Entwicklungsbank haben. Ansonsten haben sie nicht viel gemeinsam. Offen ist, was Russlands Angriff auf die Ukraine für die Zukunft der BRICS bedeutet.

Von Praveen Jha

Vor gut zwanzig Jahren erfand Jim O'Neill von Goldman Sachs das Kürzel BRICs in Anlehnung an das Wort für Bausteine („bricks“). Es stand für Brasilien, Russland, Indien und China. Diese Länder verbanden in O'Neills Augen hohe Wachstumsraten mit großen Einwohnerzahlen. Deutliche Unterschiede bestanden dagegen bei den politischen Systemen, die von repräsentativer Demokratie bis hin zur ausgewachsenen Diktatur reichten. Auch Wirtschaftspolitik, Geschichte, Kultur und Geografie der Länder waren sehr unterschiedlich. Während Russland den halben Nordpolarkreis umspannt, liegen Indien und Brasilien größtenteils in den Tropen.

Dennoch setzte sich O'Neills Kürzel auch in den betroffenen Ländern durch. Im Jahr 2006 kamen die vier BRICs-Außenminister erstmals am Rande der UN-Generalversammlung in New York zusammen. Seit dem ersten BRICs-Gipfeltreffen 2009 in Jekaterinburg gab es jährlich einen – zuletzt im Juni als vom chinesischen Präsidenten Xi Jinping ausgerichtete digitale Konferenz.

Als Südafrika sich 2010 der Ländergruppe anschloss, wurden aus dem kleinen „s“ ein großes. Die Welt hatte sich derweil gewandelt. 2008 hatte die Zahlungsunfähigkeit von Lehman Brothers – einer New Yorker Investmentbank – eine weltweite Finanzkrise ausgelöst. Besonders hart hatte es die G7 (Gruppe der sieben wichtigsten Volkswirtschaften mit hohem Einkommen) getroffen. Schwellenländer kamen deutlich besser durch die Krise und gewannen folglich an Ansehen. Seit Ende 2008 trafen sich die Regierungschefs und -chefinnen der 20

größten Volkswirtschaften (G20) regelmäßig. Beteiligt waren sowohl die G7 als auch die BRICS-Staaten.

Die BRICS stehen mittlerweile in Dollar gerechnet für rund ein etwa ein Viertel der weltweiten Wirtschaftsleistung, in Kaufkraft gemessen sogar für ein Drittel. Ungefähr 40 Prozent der Menschheit leben in einem BRICS-Staat.

Mehrere andere Entwicklungs- und Schwellenländer haben Interesse daran geäußert, der Gruppe beizutreten. Dazu gehören Indonesien, Bangladesch, Pakistan,

Große Verlautbarungen führten aber mit einer Ausnahme nicht zu handfesten Vorhaben oder nennenswerten multilateralen Initiativen. Immerhin gibt es eine echte BRICS-Institution: die New Development Bank (NDB) in Shanghai (siehe Kasten). Angekündigt wurden aber unter anderem auch eine Innovationspartnerschaft, eine gemeinsame Währungsreserve und eine BRICS-Ratingagentur. Nichts davon ist bisher zustande gekommen.

Das liegt mit daran, dass die BRICS-Mitglieder sich auf wenig einigen können, das über die Ablehnung einer unipolaren Weltordnung unter US-Vorherrschaft hinausginge. Je weiter die volkswirtschaftliche Entwicklung und die strategischen Interessen der fünf Länder auseinanderklaffen, desto schwieriger wird es, Gemeinsamkeiten zu finden. Vor allem Indien und China



Das diesjährige BRICS-Gipfeltreffen war eine digitale Veranstaltung.

Iran, Saudi-Arabien, die Türkei, Ägypten, Nigeria, Senegal und Argentinien. Da die BRICS-Gruppe keine klare gemeinsame Agenda hat, ist ihre Attraktivität erklärungsbedürftig. Jedenfalls zeigt sie, dass viele Regierungen nicht mit dem globalen Führungsanspruch der US-dominierten G7 einverstanden sind. Sie sehen die BRICS offenbar als potenzielles Gegengewicht.

Doch werden die BRICS dieser Rolle nicht gerecht. Sie haben kein kohärentes politisches Programm. Geredet wurde viel – vor allem über diverse Wirtschaftsfragen.

sind nicht natürliche Verbündete, sondern harte Konkurrenten. Die Sicherheitslage entlang der chinesisch-indischen Grenze im Himalaya ist angespannt. Immer wieder sterben dort Soldaten.

Indien bleibt weitgehend von Chinas umfangreichem Infrastrukturprogramm Belt and Road Initiative ausgeschlossen, das aber Projekte in Bangladesch, Pakistan und Sri Lanka fördert. Angesichts deren zunehmender Staatsverschuldung ist zwar unklar, ob diese Länder unterm Strich wirklich profitieren, offensichtlich ist aber, dass das chi-

nesische Regime Indien als Rivalen sieht. Es stimmt auch seine Schuldenpolitik nicht mit BRICS-Partnern ab.

Der Handel zwischen den fünf BRICS-Ländern nimmt seit einiger Zeit sogar ab, was nicht allein an Covid-19 lag. Immer deutlicher treten Handelsstreitigkeiten zwischen Indien und China zutage.

G7 NUTZT SPANNUNGEN AUS

Die G7 nutzen Spannungen zwischen den BRICS geschickt aus. So waren jüngst Indiens Ministerpräsident Narendra Modi und Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa zum G7-Gipfel in Schloss Elmau eingeladen. Beide nahmen an einer Seitenveranstaltung teil, was wohl Alarmglocken in Peking hat läuten lassen. China zeigt Interesse daran, die BRICS-Gruppe zu erweitern, aber andere Mitglieder wollen den Kreis offenbar lieber klein halten. Alle fünf Länder folgen ihren nationalen Interessen.

Die internationale Enttäuschung über die G7 hat viele Gründe (siehe die Interviews

mit Anna-Katharina Hornidge und Vladimir Antwi-Danso auf www.danc.eu). Hier beschränke ich mich auf den Hinweis, dass wir im globalen Süden viele Predigten über solide Wirtschaftspolitik und den Kampf gegen die Korruption gehört haben. Wir sehen aber, dass niemand zur Rechenschaft gezogen wird, wenn fahrlässige Wall-Street-Spekulation die Weltwirtschaft in die Krise stürzt oder wenn deutsche Autohersteller ihre Kundschaft weltweit mit manipulierten Abgasdaten betrügen. G7-Heuchelei fing nicht mit Donald Trump an und ist auch nicht mit ihm von der Weltbühne abgetreten.

Im multilateralen System steht die G7 auf der Seite des Finanzkapitals und übt unverhältnismäßig große Macht aus. Ein Gegengewicht wäre gut.

Die BRICS sind zu uneins, um diese Funktion zu erfüllen. Bislang haben sie sich zu wichtigen Themen wie der Klimakrise auch kaum geäußert. Es steht nicht zu erwarten, dass sie bald die nötige zusammenhängende Agenda erstellen. Vielmehr versucht jedes Mitglied, so gut es kann, die

herrschende Ordnung für eigene Zwecke zu nutzen. Die russische Invasion der Ukraine hat die Gemengelage noch komplizierter gemacht.

Zwar haben die vier anderen BRICS-Mitglieder den russischen Angriffskrieg verurteilt, aber sie wollen Moskau das Leben nicht allzu schwer machen. In gewissem Maß versuchen sie, von dessen Isolation zu profitieren, etwa indem sie russische Lieferungen mit Rabatten importieren. Derweil hat die NDB ihr Russlandprogramm auf Eis gelegt, denn die Bank will ihr AA+ bei westlichen Ratingagenturen behalten. Das zeigt, dass der Handlungsspielraum der BRICS-Gruppe begrenzt ist. Es bleibt abzuwarten, wie sie in einer zunehmend instabilen Weltordnung zurecht kommen wird.



PRAVEEN JHA
ist Professor für
Wirtschaftslehre an der
Jawaharlal Nehru University in
Neu-Delhi.

praveenjha2005@gmail.com

Multilaterale Banken anderer Art

Die New Development Bank (NDB) mit Sitz in Shanghai, auch bekannt als die BRICS-Bank, wurde im Jahr 2014 gegründet. Sie ist eine wichtige Institution, aber kein Schwergewicht unter den multilateralen Entwicklungsbanken. Bisher hat die NDB Infrastrukturmittel im Umfang von etwa 15 Milliarden Dollar ausgeschüttet. Zum Vergleich: Die Weltbank-Gruppe stellte allein 2021 über 60 Milliarden Dollar bereit.

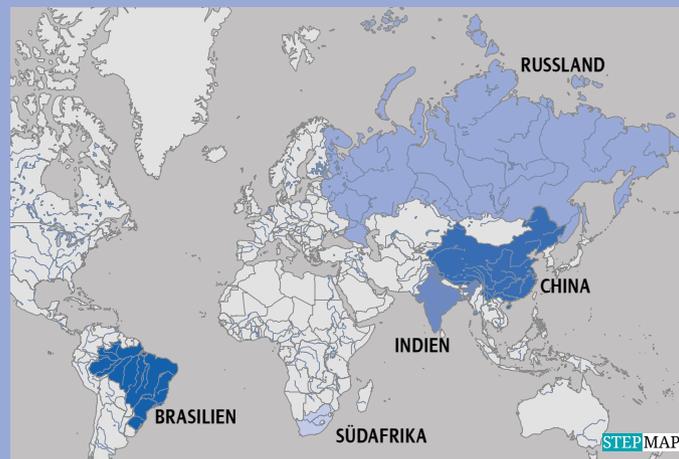
Die führenden Anteilseigner der NDB sind Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika (BRICS). Die Regeln sind wohl durchdacht und sichern den BRICS-Mitgliedern die Kontrolle. Die Bank hat einen guten Start hingelegt, übt aber im globalen Maßstab keinen großen Einfluss aus.

Auch die Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) mit Hauptsitz Peking ist ein junges multilaterales Finanzinstitut. Auch sie ist mit Auszahlungen von bislang etwa 20 Milliarden Dollar kein

Schwergewicht. Die Führungsmacht hat China, obwohl die AIIB inzwischen 103 Mitgliedsstaaten zählt, darunter auch EU-Länder wie Deutschland, Frankreich und Italien. Gegründet wurde die AIIB auf Initiative der chinesischen Regierung, noch bevor die BRICS über die NDB berieten. Sie kommt ohne in der Zentra-

le ansässigen Verwaltungsrat aus, was dem Bankpräsidenten großen Handlungsspielraum lässt.

Ihre Regeln zu sozialer Verantwortung und Umweltschutz sind recht locker. Effizienz und Flexibilität wurden als höchste Prioritäten bezeichnet. Die AIIB ist offenbar in den Augen der chinesischen Führung die wichtigere der beiden Banken. Sie unterstützt in großem Umfang die Außenpolitik des Regimes, insbesondere das riesige internationale Infrastrukturprogramm Belt and Road Initiative (siehe Hauptartikel). Darüber hinaus finanziert China aber viele weitere Programme, die Partnerschaften mit Ländern in verschiedenen Weltregionen schmieden sollen, darunter Afrika, Osteuropa und Lateinamerika. Entsprechend finden in Peking auch regelmäßig regionalspezifische Gipfel statt.





Immer in Bewegung und offen für Veränderungen: SLE-Teamkurs.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Echte Zusammenarbeit statt Paternalismus

Welche Zukunft hat die Entwicklungspolitik angesichts der Pandemie, der Klimakrise und der weltweiten militärischen Auseinandersetzungen? Dies war die Kernfrage, die sich das Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE) der Humboldt-Universität zu Berlin anlässlich seines 60-jährigen Bestehens stellte. SLE-Leitung und Absolvierende waren sich mehrheitlich einig, dass es eine neue Art der Zusammenarbeit braucht, um die vielen Krisen bewältigen zu können.

Von Sabine Balk

Die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) muss sich verändern. Darüber sind sich alle SLE-Mitarbeitenden einig und fassten ihre Ideen dazu in einer Transformationsagenda zusammen. Sie sind übereingekommen, dass es eine neue Haltung zur EZ braucht, die Folgendes beinhaltet:

- EZ muss als Wahrnehmung von Verantwortung verstanden werden: „Die wichtigste Haltung einer transformativen EZ wäre unseres Erachtens seine Paternalismusfreiheit.“ Das heißt, die bereitgestellten Mittel sollten nicht als „Hilfe“ verstanden werden, sondern als „Reparationen“ für die Übernutzung der Human- und Naturressourcen, womit der globale Norden seinen Wohlstand aufgebaut hat.
- „Echte Zusammenarbeit“ auf „gleicher Augenhöhe“ praktizieren: Das heißt, die Zusammenarbeit sollte nicht auf Konditionalitäten beruhen, sondern die Partnerinnen und Partner sollten – wie teils schon Praxis – gemeinsame Ergebnisse vereinbaren.
- Aneignung und Weitergabe von Transformationswissen: Für eine transformative Entwicklung müssen wir gewohnte Denk- und Technologiepfade verlassen. Wir müssen Vorgehensweisen und Maßnahmen entwerfen, wie die Transformation zu öko-

logischer und nachhaltiger Entwicklung erfolgreich gelingen kann. Diese Maßnahmen sollten als Mehrerwartungsstrategien funktionieren, bei denen eine Krise nicht gegen die andere aufgewogen wird, sondern, im Gegenteil, mehrere Ziele gleichzeitig erreicht werden können. Dies sollte immer in gegenseitigem Voneinanderlernen zwischen globalem Norden und Süden geschehen.

Das SLE hat seine Ausbildung, das Postgraduiertenprogramm „Internationale Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung“, erneuert und für sich drei Transformationsbereiche identifiziert: (1.) Ökosysteme und Ernährung, (2.) Sozialökologisches Wirtschaften und (3.) Governance und Teilhabe. Beim ersten Punkt Ökosysteme und Ernährung muss nach Ansicht der SLE-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftler die zunehmende Ressourcenkonkurrenz überwunden werden.

Dazu müssen in der Landnutzung die unterschiedlichen Ziele wie Erhalt der Artenvielfalt, Klimaschutz und Ernährungssicherung integriert werden. In der Landwirtschaft sollen multifunktionale Systeme umgesetzt werden; Beispiele sind Agroforstwirtschaft und Agrophotovoltaiksysteme. Um Chemikalien zu ersetzen, können diese Systeme ökologisch intensiviert werden, indem die Ökosystemleistungen der Natur systematisch erhöht werden

(etwa durch Selbstregulationsprozesse, Nützlinge, Eiweißpflanzenstrategie). Auch die „Schließung von Nährstoffkreisläufen“ ist eine Strategie. Dabei entsteht kein überschüssiges Nitrat, es gelangen aber dennoch genügend Nährstoffe in den Boden. Zusätzlich muss auch der ökologische Landbau verbessert werden; das SLE wird an entsprechenden agrarökologischen Konzepten forschen.

Zum Transformationsziel sozialökologisches Wirtschaften strebt das SLE eine gerechte Verteilung der Ressourcen, insbesondere zwischen reicheren und ärmeren Staaten, aber auch innerhalb der Gesellschaften an sowie die konsequente Inklusion benachteiligter Gruppen. Auch die auf Wachstum angelegte Wirtschaft steht auf dem Prüfstand, und es gilt hierfür neue Konzepte zu entwickeln. Das SLE stellt dabei die Frage, ob grünes Wachstum möglich ist und wie grüne Innovationen adäquat gefördert werden können.

Bei der Transformation von Governance und Teilhabe konzentriert man sich

im SLE vor allem auf den ländlichen Raum. Dort existieren oft nur schwache politische Systeme, Strukturen und Institutionen – es bedarf daher einer „Good Rural Governance“. Diese müsse die Teilhabe und die Chancengleichheit der Menschen auf dem Land ermöglichen und Kooperationen und Netzwerke untereinander und mit städtischen Räumen fördern. Ziel ist es außerdem, eine neue Balance zwischen Land und Stadt zu erreichen, so dass ländliche Räume entwickelt und zur Nahrungsversorgung der Städte wesentlich beitragen können.

Diese Überlegungen wurden in mehreren Workshops zu verschiedenen Unterthemen ergänzt, in denen SLE-Alumni sowie andere EZ-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter ihre Ideen einbrachten. Der Trainer des SLE für Entwicklungspolitik und Antirassismus Boniface Mbanza Bambu gibt zu bedenken, dass EZ immer noch auf kolonialen Narrativen basiert. Die Idee des „Anderseins“ von afrikanischen oder lateinamerikanischen Menschen und Gesellschaften und ihre Einschätzung als

„unterentwickelt“ oder „undemokratisch“ könnten zu Feindbildern führen.

Er kritisiert auch, dass EZ von „westlichen Konzepten“ und „Entwicklungsexperten“ dominiert ist. Dies wertet anderes Wissen oft als „marginal“ oder „utopisch“ ab. Er spricht sich für eine kritische (Selbst-) Dekonstruktion der EZ aus. Dazu gehöre, dass sie Möglichkeiten finden muss, wie marginalisierte Gruppen für sich selbst sprechen können, anstatt dass das jemand für sie tut. Die Armen müssten Hauptgestalter ihres Schicksals werden.

All diese Ideen will das SLE aufnehmen und in seine Ausbildung sowie in die Forschung einfließen lassen. Dies erfordert viel Anstrengung. SLE-Direktorin Susanne Neubert resümiert: „Wir alle müssen uns entwickeln.“

SABINE BALK

ist Redakteurin von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.

euz.editor@dandc.eu



Werden Sie unser Fan auf Facebook!





Herstellung des BioNTech-Impfstoffs in Marburg.

WHO

Durchwachsene Bilanz

Seit der Corona-Pandemie steht die Weltgesundheitsorganisation (WHO) wie nie zuvor in der Öffentlichkeit. Die bisherige Bilanz zur Krisenbewältigung, die nach wie vor auf Hochtouren läuft, fällt gemischt aus. Die multilaterale Institution wird immer wieder von nationalen Interessen gebremst.

Von Anton Sundberg und Andreas Wulf

Zu Beginn der Corona-Pandemie Anfang 2020 sah sich die WHO dem Vorwurf ausgesetzt, zu langsam reagiert zu haben. Sie habe den Gesundheitsnotstand sowie die Empfehlung zum Tragen von Masken zu spät verkündet. Die WHO ist durch ihre Verfassung und die Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV – International Health Regulations) zur Pandemiebekämpfung verpflichtet. Die IGV sind völkerrechtlich bindende WHO-Vorschriften, um die grenzüberschreitende Ausbreitung von Krankheiten zu verhüten und zu bekämpfen.

In der Tat stellten unabhängige Expertinnen und Experten rückblickend fest,

dass die WHO den Gesundheitsnotstand nicht erst am 30. Januar 2020, sondern eine Woche früher hätte ausrufen müssen. Diese Verzögerung war wohl politischer Natur: Die Hinweise auf eine leichtere Übertragbarkeit des Virus zwischen Menschen auch außerhalb enger Kontakte häuften sich bereits, aber die politische Führung Chinas dementierte dies noch. So sah sich WHO-Generaldirektor Tedros Ghebreyesus zu einer „Charmeoffensive“ gezwungen, lobte explizit bei einem Blitzbesuch in Peking das Krisenmanagement des mächtigen Mitgliedsstaats und erreichte so die Zusage der chinesischen Regierung zu einer ersten WHO-Mission vor Ort.

Während kritische Stimmen darin eine unzulässige Politisierung der WHO-Führung sahen, nutzte der damalige US-Präsident Donald Trump diesen Konflikt und eskalierte seine „America first“-Politik. Er kündigte den Ausstieg der USA aus der WHO wie schon aus anderen multilateralen Institutionen an und blockierte die schon zugesagten Finanzierungen. So verlor die WHO mitten

in der größten Gesundheitskrise seit der Spanischen Grippe ihren wichtigsten Geldgeber.

Ob das Tragen von medizinischen Masken in der Bevölkerung empfohlen werden sollte, hängt wesentlich von der Frage ab, wie leicht sich das Virus über die Atemluft verbreitet. Auch hier zögerte die WHO einige Wochen. Der Grund war neben unklarer Datenlage vermutlich auch die Sorge, dass persönliche Schutzausrüstung vor allem für medizinisches Personal in ärmeren Ländern, an der es ohnehin mangelt, durch Panikkäufe der wohlhabenden Länder fehlen würde. Diese Sorge, so sehr sich das Maskentragen schließlich als wissenschaftlich korrekt und wichtig für die Eindämmung der Pandemie beweisen sollte, war berechtigt. Ähnlich verhielt es sich im zweiten Jahr der Pandemie mit dem gerechten Zugang zu den Covid-Impfstoffen und -Medikamenten.

LEISTUNG DER WHO

Tatsächlich leistete die WHO selbst, trotz knapper Ressourcen, schon früh beachtliche Arbeit in ihrer normativen Funktion. In den ersten Wochen informierte sie die Öffentlichkeit in regelmäßigen Pressekonferenzen und bot Fortbildungen für Gesundheitspersonal über eine frei zugängliche Online-Plattform zu Covid-19 in den sechs Weltsprachen der WHO an. Im Hintergrund arbeiteten die wissenschaftlichen Dienste an neusten Erkenntnissen, zudem wurde eine Vorlage für eine zielgerichtete und harmonisierte Forschung zu SARS-CoV-2 zusammengestellt. Außerdem warnten regelmäßige Berichte vor einem erhöhten Risiko für vulnerable Gruppen wie Geflüchtete, Menschen in Gefängnissen und Angestellte in bestimmten Niedriglohnssektoren mit prekären Arbeitsverhältnissen.

Auch erklärte die WHO gemeinsam mit der Welthandelsorganisation (WTO – World Trade Organization) schon im April 2020, dass die Entwicklung und Produktion relevanter Impfstoffe sowie medizinischer Technologien und Ausrüstung transparent und solidarisch geschehen müsse. Doch hier zeigt sich die in der Praxis limitierte Durchsetzungskraft der WHO und ihrer normativen Arbeit. Das Ergebnis der Verhandlungen bei der WTO zur Freigabe der Patente zu Covid-19-Technologien, dem im Oktober 2020 von über 100 Staaten unterstützten TRIPS Waiver, ist ernüchternd.

Anstatt sich auf eine rasche Freigabe der Patente zu einigen, wurde ein fauler Kompromiss getroffen. Er ist im Kern lediglich eine Erleichterung von Exporthindernissen und beschränkt sich zudem allein auf Impfstoffe, während über Medikamente, Diagnostika und andere benötigte medizinische Technik noch weitere sechs Monate verhandelt werden soll.

Dass das Durchsetzungsvermögen der WHO bei der Freigabe der Patente, die formal außerhalb ihres Wirkungsbereichs liegt, limitiert ist, ist eine Sache. Wie sieht es jedoch mit der Umsetzung der normativen Standards während der Pandemie aus? Die Initiativen sind zahlreich, und die WHO verfolgte parallele Ansätze, um beispielsweise den zügigen und gerechten Zugang zu medizinischen Technologien rund um Covid-19 zu erreichen. Doch die Umsetzung wurde oft politisch gebremst.

Bereits im Mai 2020 wurde der neue Patentpool COVID-19 Technology Access Pool (C-TAP) auf Initiative von Costa Rica ins Leben gerufen, um die Harmonisierung der Forschung zu Covid-19 zu ermöglichen. Die Ergebnisse sowie die daraus resultierenden Produkte inklusive Wissenstransfer auf freiwilliger Basis sollten für die Allgemeinheit zugänglich sein. Das Ergebnis zwei Jahre später ist ernüchternd. Lediglich zwei staatliche Institutionen aus Spanien und

den USA haben Lizenzen geteilt. Am weitesten in der Umsetzung ist im Sommer 2022 eine Lizenz des spanischen Instituts für die Produktion eines Covid-19-Antigen-Tests durch eine südafrikanische Firma. Es sind wichtige Schritte in Richtung Gerechtigkeit und Zugänglichkeit, jedoch kommen sie spät und spärlich an der Zahl.

Mittel- und langfristig relevanter könnte der „mRNA Technology Transfer Hub“ sein, den die WHO mit Unterstützung von südafrikanischen Biotech-Unternehmen und Universitäten aufbaut. Damit soll diese zukunftsweisende Technologie auch unabhängig von den Unternehmen Moderna, Pfizer und BioNTech für andere Hersteller im Globalen Süden nutzbar gemacht werden. Die mRNA-Technologie könnte eine mögliche Schlüsselfunktion für die bislang wenig erfolgreiche Entwicklungen von Impfstoffen für HIV, Tuberkulose, Malaria und andere vernachlässigte Infektionskrankheiten einnehmen. Hier kann die WHO als Interessenvertreterin aller Menschen tatsächlich ihrem Mandat einer „Gesundheit für alle“ gerecht werden als in den Kooperationen mit globalen Public-private-Partnerships (PPPs).

Als PPPs haben sich seit über 20 Jahren parallel zur WHO vielfältige Akteure in der globalen Gesundheit gebildet, die der WHO die Leitung in wesentlichen Gesund-

heitsfragen streitig machen. Problematisch dabei ist, dass vielfach Wirtschaftsunternehmen Einfluss haben, deren Ziel nicht die Verbesserung der allgemeinen Daseinsvorsorge ist, sondern Gewinnmaximierung.

Die WHO wird sich zukünftig entscheiden müssen, ob sie alle Initiativen, auch PPPs, unterstützt oder ob sie in Bezug auf die angestrebte Gesundheitsgerechtigkeit auch politisch Ernst macht. Die auf der diesjährigen Weltgesundheitsversammlung (WHA) in Genf im Mai beschlossene unabhängige Finanzierung der WHO sowie die Wiederwahl des Generaldirektors für eine weitere Amtszeit geben einen Hoffnungsschimmer. Ob die WHO künftig aus normativen Zielen Realität machen kann, wird sich zeigen.



ANDREAS WULF
ist Berlin-Repräsentant und Gesundheitsreferent bei **medico international**.
wulf@medico.de



ANTON SUNDBERG
ist studentischer Mitarbeiter bei **medico international**.

Die WHO zu Beginn der Pandemie

Die Ausgangssituation im Frühjahr 2020, als die Covid-19-Pandemie ausbrach, war für internationale Organisationen wie die WHO (World Health Organization) nicht einfach. Nationalistische und autoritäre Tendenzen waren und sind weltweit am Wachsen und stellen das Prinzip des menschenrechtsbasierten Multilateralismus in Frage. Das stellt die Autorität der WHO in Frage. So wurden zum Beispiel Empfehlungen, die als Reaktion auf den Gesundheitsnotstand bei der Ebola-Epidemie 2014 ent-

standen, nicht oder nur ungenügend umgesetzt. Zusätzlich ist die WHO seit langem von ihren eigenen Mitgliedsstaaten chronisch unterfinanziert und personell unterbesetzt.

Der geopolitische Rahmen war am Anfang der Pandemie durch wirtschaftliche und politische Konflikte zwischen den USA und China geprägt. Das führte zu einer frühen und ausgeprägten Politisierung der Covid-19-Debatten und damit auch der Arbeit der WHO.

Zusätzlich führt auch der Aufbau der WHO zu Konflik-

ten. Es gibt ein Spannungsfeld zwischen der unabhängigen Arbeit des Sekretariats, der Exekutive und den souveränen Interessen der 194 Mitgliedsstaaten. Die WHO hat die konstitutionell verankerte Aufgabe, für die Gesundheitsrechte von Menschen zu sorgen, und muss andererseits mit den Machtzentren der jeweiligen Nationalstaaten diplomatisch umgehen, deren Fokus keineswegs stets die nationale, geschweige denn internationale Gesundheit ist.

Dieser Dualismus zeigt sich auch in der normativen Funktion der WHO zu gesundheitlichen Themen auf der einen Seite und einem prakti-

schon Wirken in Ländern auf der anderen Seite. Das manifestiert sich am deutlichsten im Ausrufen eines Gesundheitsnotstands (Public Health Emergency of International Concern – PHEIC) und dem lokalen Agieren von WHO-Länderbüros und Teams vor Ort bei Notständen, was oftmals in die staatliche Souveränität eingreift.

Damit war bereits vor der Pandemie klar, dass die Autorität der WHO und ihre Fähigkeit, Mitgliedsstaaten im Namen der globalen Gesundheit zu kritisieren, durch ihre finanzielle und auch politische Abhängigkeit limitiert war.

AS/AW



Humoristische Darstellung von Joe Biden, Xi Jinping und Wladimir Putin in Valencia, Spanien.

RELEVANTE LEKTÜRE

Auf dem Weg zur multipolaren Weltordnung

Im Zuge des Aufstiegs Chinas müssen die USA und Europa ihre Außenpolitik anpassen, wenn sie nicht erheblich an geopolitischem Einfluss verlieren möchten. Länder des globalen Südens könnten von der neuen Weltordnung profitieren, indem sie sich zu mehreren Seiten hin ausrichten.

Von Berthold M. Kuhn und Dimitrios L. Margellos

Die Machtverhältnisse zwischen den politischen Systemen dieser Welt verschieben sich. Der Trend geht zu einer multipolaren Weltordnung, das heißt, geopolitische Macht wird zunehmend auf mehrere Akteure verteilt sein. Länder und Institutionen werden sich im Zuge dieser Entwicklung neu positionieren müssen. Zu diesem Ergebnis kommen wir in unserem Buch „Global Perspectives on Megatrends“ (Kuhn mit

Margellos 2022). Gemeinsam mit Fachleuten aus Wissenschaft und politischer Analyse aus verschiedenen Weltregionen befassen wir uns darin mit geopolitischen Trends und ihrer Bedeutung für multilaterale Zusammenarbeit.

Das Manuskript für dieses Buch haben wir kurz nach Ausbruch des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine abgeschlossen. Es zeichnet sich ab, dass unsere Einschätzungen zur Herausbildung einer multipolaren Weltordnung zutreffen. Der bisherige Verlauf des Krieges und seine Konsequenzen zeigen, wie unterschiedlich die Interessen der geopolitischen Mächte derzeit gelagert sind. Bisher ist es den USA und der EU nicht gelungen, Russland international vollständig zu isolieren, und dies bleibt auch bis auf Weiteres unrealistisch. China, Indien, Südafrika und andere Staaten des globalen Südens haben sich dem Sanktions-

regime des Westens nicht angeschlossen. Immerhin hat die UN-Vollversammlung im März mit großer Mehrheit eine Resolution zur humanitären Situation in der Ukraine angenommen, die sich deutlich gegen Russland richtet.

Die gestärkte Zusammenarbeit Europas und der Vereinigten Staaten wird Putins Regime zwar mittelfristig erheblich schaden, und sie könnte auch den Aufstieg Chinas erschweren. Dennoch werden sich EU und USA damit abfinden müssen, dass der globale Trend zur multipolaren Weltordnung ihren Einfluss in vielerlei Hinsicht begrenzen wird. Diese Entwicklung diskutieren mehrere Denkfabriken unter dem Schlagwort „hegemoniale Verschiebung“.

Auf hochrangigen Konferenzen spielt das Thema eine zentrale Rolle. Der Munich Security Report 2020 der Münchner Sicherheitskonferenz beschäftigte sich unter dem Titel „Westlessness“ mit der Krise des Westens. Und das Bloomberg New Economy Forum, das im November 2021 in Singapur stattfand, thematisierte den wachsenden Anteil Asiens am weltweiten Bruttoinlandsprodukt (BIP) und seine zunehmende Börsenkapitalisierung.

Auch im globalen Süden wird sich der Einfluss des Westens voraussichtlich verringern. Zwar verkündeten die G7-Staaten während ihres Gipfeltreffens auf Schloss Elmau im Juni 2022, stärker in globale Infrastruktur investieren zu wollen. Unter anderem möchten sie Entwicklungs- und Schwellenländer auf dem Weg in die Klimaneutralität unterstützen und die Gesundheitsinfrastruktur in Afrika stärken. Als Antwort auf das große Infrastrukturprogramm Chinas, die sogenannte „neue Seidenstraße“, kommt dies allerdings reichlich spät. Chinas Einfluss in vielen Entwicklungsländern lässt sich so kaum zurückschrauben.

Die Entwicklungsländer selbst könnten von diesen Veränderungen durchaus profitieren. Parag Khanna, indisch-amerikanischer Politikwissenschaftler und führender Berater für globale Strategie, schrieb, weder Amerika noch China gingen aus dem derzeitigen globalen Wettstreit als Gewinner hervor – sondern jene Länder, die sich in mehrere Richtungen hin ausrichteten. Beispielsweise versuchen mehrere asiatische Länder, darunter Singapur und Malaysia, sowohl mit den USA als auch mit China Beziehungen zu knüpfen, diese Verbindungen gegeneinander abzuwägen und so den

größtmöglichen Nutzen für sich selbst zu erzielen.

MEHR AUFMERKSAMKEIT FÜR CHINA

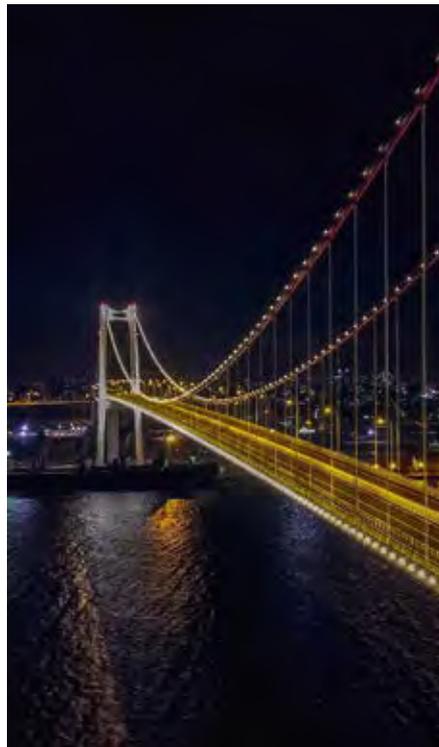
Seit der Präsidentschaft Donald Trumps ist China in der nationalen Sicherheitsstrategie der USA ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Trump und seine „Make America Great Again“-Strategie haben die Konflikte verschärft. Der Handelskrieg zwischen den beiden Staaten gipfelte in steigenden Zöllen und dem Konflikt um die Welthandelsorganisation (WTO – World Trade Organization). Diese hatte den USA bescheinigt, die globalen Handelsregeln verletzt zu haben. Zeitweise schien es, als bewältigte China die Covid-19-Pandemie erfolgreicher als die USA und Europa. Allerdings könnte das Land mittelfristig einen hohen wirtschaftlichen Preis für seine Null-Covid-Strategie gezahlt haben. Die massiven Freiheitsbeschränkungen im Frühling 2022 haben sein Image, speziell jenes der Wirtschaftsregion Shanghai, schwer belastet.

Die derzeitige US-Regierung unter Joe Biden bemüht sich, die Vereinigten Staaten wieder stärker am Multilateralismus zu beteiligen und die Beziehungen zur EU zu verbessern. Gegenüber China signalisieren die USA, dass sie keine Co-Führung in globalen Angelegenheiten akzeptieren werden – mit der bemerkenswerten Ausnahme der Klimapolitik. Es scheint jedoch unrealistisch, die Zusammenarbeit mit China auf den Klimaschutz zu beschränken.

China hat in den vergangenen Jahrzehnten seine Investitionen in verschiedenen Sektoren ausgeweitet und sich bemüht, neue Allianzen zu schmieden. Insbesondere im globalen Süden war es dabei durchaus erfolgreich. Auch setzt sich China stark für den Renminbi als Währung des internationalen Handels ein und versucht, seine Aktienmärkte zu erweitern. Diese Bemühungen, dem US-Dollar Einfluss abzurufen, werden zu neuen Konflikten führen. Schließlich ist die hegemoniale Stellung der USA weitgehend auf die Dominanz des US-Dollars im internationalen Handel und ihre riesigen Aktienmärkte zurückzuführen.

AUFSTIEG WIRD VORERST NOCH ANHALTEN

Für die Zukunft ist zu erwarten, dass Chinas Aufstieg noch einige Jahre andauern wird. Er wird aber nicht unangefochten bleiben,



Die Maputo-Katembe-Brücke wurde von einer chinesischen Firma gebaut und mit chinesischen Darlehen finanziert.

insbesondere nicht von Chinas Nachbarn. Auch kann der Taiwan-Konflikt die Beziehungen zu den USA überschatten. In der Wissenschaft besteht kein Konsens dazu, inwiefern die künftige Multipolarität instabiler sein wird als etwa die Bipolarität des Kalten Krieges oder die Unipolarität der USA in den Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion.

Die NATO wird einen starken Aufschwung erleben, und die USA werden sich wieder stärker in der Außenpolitik engagieren, insbesondere in Europa und Asien. Die EU ist sich in ihrer Solidarität mit der Ukraine weitgehend einig, aber die Abkopplung von Russland wird ihren Tribut fordern. Die Energiepreise werden steigen, aber die Anstrengungen zur Beschleunigung der Energieformen werden sich langfristig auszahlen.

Die G20-Treffen werden weiter an politischer Aufmerksamkeit gewinnen, trotz der schwierigen Frage der weiteren Beteiligung Russlands. Auch der Westen wird dieses Dialogformat nicht aufgeben wollen. Der Multilateralismus ist also nicht im Niedergang begriffen, sondern befindet sich vor dem Hintergrund einer entstehenden multipolaren Weltordnung im Wandel.

Die Vereinten Nationen werden ihre Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsagenda erfolgreich weiter ausbauen und vertiefen. Die Verhandlungen auf den Klimagipfeln werden allerdings schwierig bleiben. Eines der kontroversesten Themen wird sein, inwiefern gefährdete Länder Ansprüche auf finanzielle Entschädigungen stellen können für Verluste, die auf den Klimawandel zurückzuführen sind. Dies wird bereits auf der bevorstehenden Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP27) in Ägypten im November dieses Jahres zu Auseinandersetzungen führen.

Noch haben die USA und die EU große Gestaltungsmacht in vielen Bereichen der internationalen Zusammenarbeit. Um sie zu erhalten, sollten sie:

- ihre Wirtschaftsstrukturen im Sinne eines Green New Deal nachhaltig modernisieren,
- ihre Außenpolitik an die Bedingungen einer neuen, multipolaren Weltordnung anpassen und dafür insbesondere
- eine kluge Strategie zum Aufbau von Allianzen mit anderen starken Volkswirtschaften im Wandel entwickeln.

Gelingt ihnen dies, stehen die Chancen gut, dass Russland aus dem Krieg gegen die Ukraine geopolitisch, wirtschaftlich und militärisch stark geschwächt hervorgeht. Auch Chinas Chancen, die Weltwirtschaft und -politik zu dominieren, könnten dann sinken.

LITERATUR

Kuhn, B. M., Margellos, D. L., 2022: Global perspectives on megatrends. The future as seen by analysts and researchers from different world regions. Hannover, Ibidem Publishers. New York, Columbia University Press. <https://bit.ly/megatrends-book>



BERTHOLD M. KUHN ist habilitierter Politikwissenschaftler. Er arbeitet an der Freien Universität Berlin und als

Berater für internationale Organisationen und Denkfabriken. berthold.kuhn@fu-berlin.de



DIMITRIOS L. MARGELLOS studiert Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. dimitriol35@zedat.fu-berlin.de



www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation



D+C Development and Cooperation

Sustainable development requires global awareness and local action.
Media Production · Frankfurt am Main · 325 followers

See all 6 employees on LinkedIn

[+ Follow](#) [Visit website](#) [More](#)

[Home](#) [About](#) [Posts](#) [Jobs](#) [People](#)

Page posts

D+C D+C Development and Cooperation · 266 followers · 2h ·

Ten years after #Tunisia's first free #elections, it increasingly looks as though its young #di...see more



EU must not simply watch Tunisia's democracy die
Development and Cooperation on LinkedIn · 325 followers
by Hans Dembowski On 25 July, Tunisia's president Kais Saie...

[Like](#) [Comment](#) [Share](#) [Send](#)

**Folgen Sie
uns auf
LinkedIn!**

Liebe Leserinnen und Leser,

wir sind neuerdings auch auf LinkedIn vertreten, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Wir laden Sie herzlich ein, uns dort zu folgen. Sie finden uns unter

www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation

Wir werden auf LinkedIn kurze Kommentare veröffentlichen und Themen künftiger Ausgaben von E+Z/D+C diskutieren. Außerdem werden wir dort auf wichtige neue Inhalte unserer Website **www.dandc.eu** hinweisen.

ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT | **E+Z**